Nr. 231 • Ausgabe B Nr. 114
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 231

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 19. Mai 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die notwendige „Liquidierung des Aufstandes".

Erklärung des Ministerpräsidenten Witos im Parlament.

Mitteilungen der französischen Regierung an die polnische.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 18. Mai.

Für die heutige Sitzung des polnischen Reichstages hatte der Ministerpräsident Witos eine Erklärung der Regierung zur Unterhaubrede Lloyd Georges über die oberschlesische Frage angekündigt. Die Geduld der Abgeordneten und der zahlreich erschienenen Besucher in der Diplomatenloge und auf den Tribünen wurde auf eine harte Probe gestellt. Erst anderthalb Stunden nach der angesetzten Zeit erschienen die Mitglieder der Regierung. Der Grund der Verspätung war durch eine neue Mitteilung der französischen Regierung gegeben, die eine Aenderung des vom gestrigen Ministerrat festgelegten Textes notwendig machte. Die umfangreiche Erklärung des Premiers Witos setzte sich mit einer verwirrenden Fülle statistischen Rankenwerks Punkt für Punkt mit allen Aeußerungen Lloyd Georges über Oberschlesien, Polen und die polnische Geschichte, auseinander. Interessant wurde die Deklaration erst in den Schlußsätzen. Unter stürmischem Beifall des Parlaments, während sich Abgeordnete und Minister von den Sitzen erhoben, gab Witos bekannt, die **französische Regierung habe soeben mitgeteilt,** sie werde nicht zulassen, daß die oberschlesische Frage anders als auf der Grundlage des Versailler Vertrages und des Abstimmungsergebnisses entschieden werde. Sie **werde auch nicht zulassen, daß bewaffnete deutsche Abteilungen oder deutsche Munition über die oberschlesische Grenze gelangen.** Kaum hatte sich der frenetische Jubel über diese erneute Zusicherung der französischen Unterstützung — denn so muß man die an sich ziemlich blaßfarbigen Worte lesen — gelegt, so folgte der sehr ernüchternde Satz, der den Aufschub der Erklärung bewirkt und ihren Effekt gegenüber der ersten Fassung geändert habe. Witos erklärte, daß angesichts dieser Zusage die polnische **Regierung sich erneut an die Leitung der Aufständischen wenden werde mit der Aufforderung, die Aufstandsbewegung zu liquidieren** und so die Möglichkeit einer gerechten Entscheidung des Schicksals Oberschlesiens durch die Alliierten zu geben.

Eine kurze Debatte stellte nochmals fest, daß Polen eine Entscheidung auf Grund des Versailler „Traktates" wünscht und gab der Zuversicht Ausdruck, daß alle Verbündeten einschließlich Englands keine Schritte Deutschlands gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages zulassen würden. Das durch die Ankündigung der Aufforderung zur ruhmvollen Liquidation des Aufstandes in die nächterne Welt der Tatsachen zurückgerufene Parlament vergaß nahezu den Beifall am Schluß der Rede. Von den vereinzelt hörbaren Rufen „Hoch die oberschlesischen Aufständischen!" ist schwer zu entscheiden, ob sie Beifall oder Mißbilligung für die Regierung bedeuten.

Die Antwort auf die Oberschlesien-Note.

Das Verbot der Freiwilligenanwerbung.

Wie unser **L. L.**-Mitarbeiter erfährt, beschäftigte sich das **Reichskabinett** heute mit der Ausarbeitung der Antwort auf die gestrige Note des Generals Nollet, in der, wie gemeldet, die Auflösung der Freiwilligenformationen in Oberschlesien verlangt wird. In ihrer Antwortnote wird die deutsche Regierung erklären, daß von ihr umgehend die notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden, um die Bildung neuer Freikorps zu verhindern. Werbungen für solche Formationen sollen unter Strafe gestellt werden. Außerdem wird die Reichsregierung sofort Maßregeln zur Auflösung der Freiwilligenformationen, die sich bereits in Oberschlesien gebildet haben, ergreifen. Die deutsche Note wird voraussichtlich schon morgen der interalliierten Militärkommission übergeben werden.

Inzwischen hat bereits die Reichsregierung in einer amtlichen Auslassung und unter voller Würdigung der Empfindungen des deutschen Volkes und namentlich der gefährdeten Bevölkerung Oberschlesiens, vor allen Bestrebungen gewarnt, die darauf abzielen, durch Bildung von Freiwilligenformationen den bedrängten Volksgenossen zu helfen. Es wird auf die Strafbarkeit hingewiesen, solche Aufrufe zu erlassen oder sie in der Presse aufzunehmen.

Die Erregung in Paris gegen England.

Briand über Lloyd Georges „schlechte Laune".

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

L. Paris, 19. Mai.

Die neue Erklärung Lloyd Georges verschärft die Situation. Die Pariser Zeitungen wüten. Das „Echo de Paris" schreibt: „Die Entente Cordiale ist in Gefahr." Briand wird die heutige Kammer mit einer Erklärung über Deutschland und Oberschlesien einleiten.

Haag, 19. Mai.

Der Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" in London erklärt, mit der Erklärung von Lloyd George sei angekündigt, daß England sich jetzt an einem schwierigen Punkt befinde, an dem es seine Interessen mehr als bisher sprechen lassen wolle. Der Korrespondent verweist auf die Aeußerungen der „Morning Post", die gegenüber mildernden Auslegungen der ersten Rede Lloyd Georges über Oberschlesien darauf hingewiesen haben, daß die deutsche und die italienische Presse die Rede ganz richtig gelesen habe. Nach der zweiten Erklärung Lloyd Georges scheint in London jetzt die Auffassung allgemein zu sein, daß in der Tat ein gefährlicher Augenblick für die Alliierten eingetreten ist.

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß dieser gefährliche Augenblick auf der zweiten Londoner Konferenz sich bereits ergeben hat. Es kommt nur jetzt mehr zum Vorschein, was dort geschehen ist. Alles in allem genommen, kann aber die Aeußerung Lloyd Georges nicht anders gedeutet werden, als eine feierliche und direkte Warnung an Frankreich, es England nicht unmöglich zu machen, mit ihm den Frieden von Versailles zusammen durchzuführen.

Paris, 19. Mai. (E. E.)

Briand hat zu der gestrigen Kundgebung Lloyd Georges, die er durch das Reuterbureau verbreiten ließ, in zwei Erklärungen Stellung genommen. Dem Vertreter des „New York Herald" gegenüber äußerte er sich dahin, daß Lloyd George gegenwärtig eine kurze Spanne schlechter Laune zu überwinden habe, daß diese aber bald vorübergehen werde, ohne Schlimmes anzurichten. Dem Vertreter der „Daily Mail" in Paris erklärte er: „Auch wir wünschen, daß der Vertrag von Versailles durchgeführt werde. Aber darin ist nicht davon die Rede, daß Deutschland die reichen Kohlenbecken erhalten und Polen sich mit dem Rest begnügen solle. Ich wünsche keine Kontroverse mit Lloyd George einzuleiten. Ich halte mich völlig an das, was ich Sonnabend den Journalisten erklärte und werde in der Kammer noch ausführlicher darüber sprechen."

Paris, 19. Mai. (W. T. B.)

Pertinax beschäftigt sich mit den gestrigen Erklärungen Lloyd Georges, die ihm noch mehr mißfallen als seine Rede im Unterhause. Aber nach seiner Ansicht dürfe man sich nicht mehr verheimlichen, daß die Entente cordiale auf dem Spiel stehe. Lloyd George erkläre, daß er seinen Standpunkt vom 13. Mai aufrecht erhalte. Er habe gestern gesagt, Italien und die Vereinigten Staaten hätten sich der Meinung Englands angeschlossen. England verlange, um das oberschlesische Problem zu lösen, daß nach der Regel der Mehrheit gehandelt werde. Das deutet Pertinax dahin, daß Lloyd George mit Frankreich zu keinem Einverständnis kommen wolle. Er verlange einfach, daß die englische These den Sieg davontrage. Man könne nicht glauben, daß Italien und Amerika einmütig den Standpunkt Lloyd Georges vertreten. Graf Sforza habe anders gesprochen, und was die Vereinigten Staaten betreffe, so sei ihre Presse geteilt, ihre Staatsmänner aber schwankten. Lloyd George habe ferner erklärt, daß viele Dinge die Franzosen von den Engländern trennen. Das sei eine unglückliche Feststellung. Lloyd George spreche leichtfertig von der Verschiedenheit der öffentlichen Meinung, aber man könne doch nicht verlangen, daß man die Gründe der Allianz der Allianz selbst opfere. Wenn die Allianz mit England, deren Aufrechterhaltung Frankreich nicht einmal versprochen sei, den Anforderungen der französischen Verteidigung entgegengesetzt sei, welchen Wert habe sie dann für Frankreich?

„Petit Journal" sagt, die gestrigen Erklärungen Lloyd Georges zeigten unglücklicherweise, daß Lloyd George sich nicht genau Rechenschaft abgelegt habe, welchen Eindruck seine unerwartete Sprache in Frankreich hervorgerufen habe. Wenn Lloyd George sich darauf beschränkt hätte, eine Meinung auszusprechen, die von der in Frankreich abweiche, so hätte kein Mensch mit gesunden Verstande sich darüber erregt. Aber wenn man seine Rede nachsehe, dann finde man bedauerliche Beweggründe. Man drücke nicht einfach seine Meinung aus, wenn man die Verwendung deutscher Truppen in Aussicht stelle, um die Ordnung im Abstimmungsgebiet wiederherzustellen. Es sei auch nicht einfach eine Meinungsäußerung, wenn man leichtfertig Anklagen gegen den General Le Rond richte. Lloyd George habe das französische Gefühl verletzt. Frankreich habe das Gefühl, daß man ihm in Oberschlesien wie am Rhein fast die ganze Last für die Ausführung des Friedensvertrages überlassen habe. Für die Zukunft hoffe es wenigstens auch auf Rücksicht, was die Sicherheit seiner Soldaten anbetreffe.

Doch eine Konferenz des Obersten Rats?

Eine englische Anfrage in Paris.

(Telegramm.)

London, 19. Mai.

Reuter erfährt aus wohlunterrichteten Kreisen, daß alle Aussicht dafür besteht, der Oberste Rat werde zum Wochenende zusammentreten. Bisher liege von französischer Seite kein Anzeichen dafür vor, daß die Franzosen nicht bereit seien, so bald mit ihren Alliierten auf der Konferenz zusammenzutreffen. Der Eindruck sei vielmehr der, daß die Franzosen dazu willens seien, sobald Briand seine Erklärung in der französischen Kammer abgegeben haben werde. Es wird behauptet, daß alle guten Resultate, die aus der Abhaltung der Konferenz folgen könnten, zunichte gemacht werden würden durch einen Aufschub um einige Wochen, für den gewisse Kreise eintreten. Eine Verzögerung einer endgültigen Aktion könne die Lage nur erschweren. Es sei wenig wahrscheinlich, daß diese Konferenz zu irgendeinem bestimmten Beschluß bezüglich der Zuteilung der strittigen Gebiete kommen werde. Sie werde sich vielmehr auf eine Besprechung der allgemeinen Politik beschränken.

Paris, 19. Mai. (W. T. B.)

Wie „Journal" mitteilt, soll der britische Geschäftsträger im Laufe des Besuches am Quai d'Orsay mit einem gewissen Nachdruck gefragt haben, welches die Haltung Frankreichs sei, wenn organisierte deutsche Abteilungen in das strittige Gebiet Oberschlesiens eindringen würden. Die britische Regierung habe vor allem zu erfahren gewünscht, **ob bei dieser Eventualität Frankreich das Ruhrgebiet besetzen würde.** Es verstehe sich von selbst, daß es unmöglich gewesen sei, auf eine derartige hypothetische Frage eine Antwort zu erteilen. Die Erklärungen, die Ministerpräsident Briand am Sonnabend abgegeben habe, hätten genau bezeichnet, wie Frankreich eine derartige Initiative Deutschlands auffasse.

Der Entwurf zum Reichsschulgesetz.

Von [Nachdruck verboten.]

Geheimrat **Menzel,**
Ministerialrat im preußischen Kultusministerium.

Bei der Vorbereitung des Reichsgesetzes *) zu Artikel 146, Absatz 2 der Reichsverfassung waren nicht nur pädagogische und finanzielle, sondern vor allem auch innerpolitische Schwierigkeiten zu überwinden. Es mußte vermieden werden, das geschichtlich Gewordene in unserem Schulwesen, soweit es auch Berechtigung besitzt, zu zerschlagen und einen Kulturkampf zu entfesseln, den das deutsche Volk gerade jetzt nicht zu ertragen vermöchte. Andererseits ist das Gesetz bitter nötig, um den vor allem im preußischen Schulwesen (aber auch in Sachsen, Hamburg und Bremen) seit dem Erlaß der Reichsverfassung entstandenen Schwierigkeiten zu begegnen. Denn da Artikel 174 der Reichsverfassung bestimmt, daß es bis zum Erlaß des Reichsschulgesetzes bei der bestehenden Rechtslage verbleiben muß, war es unmöglich, der Forderung großer Volkskreise nach Errichtung weltlicher und Gemeinschaftsschulen zu entsprechen. An nicht wenigen Orten versuchte man die weltliche Schule durch Schulstreiks zu erzwingen und die preußische Unterrichtsverwaltung sah sich unter der Zustimmung der Reichsregierung gezwungen, zu Notmaßnahmen zu greifen und die vom Religionsunterricht befreiten Kinder größerer Orte in besonderen Schulsystemen zu vereinigen. Das aber weckte den Widerspruch der Kirche und der politischen Parteien der Rechten und des Zentrums. (Eine soeben im preußischen Landtage vom Zentrum gestellte große Anfrage über die Ungesetzlichkeit solcher Schulen ist der deutlichste Beweis dafür.) Auch steht die Schulverwaltung vor der unmöglich zu lösenden Aufgabe, Lehrer zu beschäftigen, die, aus der Kirche ausgetreten, keinem Bekenntnis mehr angehören und darum nach dem geltenden Recht eigentlich nicht mehr verwendbar sind und entlassen werden müßten.

Entsprechend den Bestimmungen der Reichsverfassung läßt der Gesetzentwurf vier Schularten zu: In der Mitte stehen die Gemeinschaftsschule und die weltliche Schule, rechts davon die Bekenntnis-, links davon die Weltanschauungsschule. Die zuerst genannten stehen allen Kindern und allen Lehrern offen, die letzteren dienen grundsätzlich nur der Aufnahme von Schülern eines bestimmten Bekenntnisses oder einer bestimmten Weltanschauung, auch von ihren Lehrern wird diese Zugehörigkeit gefordert. Ein Unterschied zwischen Gemeinschafts- und weltlicher Schule bleibt kaum noch (äußerlich betrachtet) übrig, wenn auch in der Gemeinschaftsschule Kinder vom Religionsunterricht befreit werden, Lehrer auf seine Erteilung verzichten, auch aus der Kirche austreten können. Weltanschauungs- und Bekenntnisschule aber gleichen sich darin, daß beide ein festes, lehrbares Dogma, auch eine feste Organisation der Angehörigen des Bekenntnisses oder der Weltanschauung voraussetzen. Nur ist die Bekenntnisschule heute schon fester umrissen, weil sie auf den jahrhundertealten religiösen Bekenntnissen ruht, wogegen die Weltanschauungsschule nach ihrem Begriff und ihrem inneren Ausbau noch unklar bleibt. Um eine allzu große Zersplitterung des Schulwesens zu verhindern, fordert der Gesetzentwurf, daß nur diejenigen Weltanschauungen zur Gründung eigener Schulen berechtigt sein sollen, deren Mitglieder mit Bezug auf Artikel 137 Absatz 5 und 7 der Reichsverfassung die Rechte einer Körperschaft besitzen.

In den Paragraphen 1 und 13 kommt der Gesetzentwurf der Bekenntnisschule sehr weit entgegen. Das war bis zu einer gewissen Grenze notwendig, weil er nicht voraussetzungslos an die Dinge herangehen, sondern an das Bestehende anknüpfen mußte, um überhaupt durchführbar zu sein. Wenn der Entwurf aber in Paragraph 13 bestimmt, daß die Beibehaltung bestehender Bekenntnisschulen ohne weiteres als Antrag für sie gilt und daß nicht angemeldete Kinder als für die Schule angemeldet gelten, die sie zurzeit besuchen, so trägt er dem Trägheitsbedürfnis der Massen sehr stark Rechnung zugunsten der bestehenden Schulform. Damit dürfte die Gemeinschaftsschule als Regelschule, wie die Reichsverfassung es fordert, kaum zu der ihr gebührenden Stellung kommen. (Eine Abänderung dieser Bestimmung halten wir für unbedingt geboten. Die Red.)

Die Reichsverfassung macht die Gründung von Schulen neben der Gemeinschaftsschule abhängig von dem Willen der Erziehungsberechtigten und dem Begriff des geordneten Schulbetriebes. Der Wille der Erziehungsberechtigten kommt in dem Gesetzentwurf zum Ausdruck in einem Antragsverfahren in einem allgemeinen Anmeldungsverfahren und in einer Anmeldung zur einzelnen Schule. Das Antragsrecht haben alle Erziehungsberechtigten, Vater und Mutter. Sie können hierbei auch getrennt vorgehen. Aus dem Antrag ergibt sich noch nicht die Zahl der Kinder für die beantragte Schulart. Wird ihm stattgegeben, so tritt ein befristetes allgemeines Anmeldungsverfahren ein. Dafür ist nur der Vater berechtigt. Ergibt es eine genügende Zahl von Kindern, so werden die einzelnen Schulsysteme eingerichtet, zu denen dann die Kinder wie bei jeder Einschulung anzumelden sind. Der für das Verfahren zugelassene Rechtsweg in Paragraph 11 des Entwurfes gilt nur für die Ablehnung einer Schulform, nicht auch für deren Zulassung, eine Lücke, die ausgefüllt werden müßte, um gegen die Zertrümmerung des Schulwesens Garantien zu schaffen.

Diese Garantien sollen gegeben sein in den Bestimmungen, daß die Gründung neuer Schulen den geordneten Schulbetrieb in einer Gemeinde nicht beeinträchtigen dürfe. Hier ist die schwächste Stelle des Entwurfes. Im ersten Satz vom § 9 wird eine andere Schulart neben der Gemeinschaftsschule schon dann zugelassen, wenn ihre Klassenzahl, das heißt ihr lehrplanmäßiger Aufbau geringer ist als in den anderen Schulen der Gemeinde. Im zweiten Satz wird dieses bedenkliche Zuge-

*) Dem Reichstag zugegangen am 22. April unter Nr. 20.

ständnis wieder zurückgenommen, allerdings in wenig wirksamer Form, wenn es heißt: „Dagegen ist eine solche Beeinträchtigung dann als vorliegend anzusehen, wenn durch die Einrichtung oder Beibehaltung der beantragten Schule die in der Gemeinde erreichte Höhe der Gesamtschulorganisation erheblich herabgesetzt oder die Verwirklichung der in Gemeinden der betreffenden Art an die Gliederung des Schulwesens billigerweise zu stellenden Anforderungen verhindert würde." Hier wird der Keim zu unzähligen örtlichen Schulkämpfen gelegt, hier widerspricht auch der Entwurf am deutlichsten der Bestimmung in Absatz 1 desselben Artikels 146 der R. V., der die innere Einheit des Schulwesens fordert.

Die Länder werden verpflichtet, innerhalb eines Zeitraumes von 18 Monaten nach dem Erlaß des Reichsgesetzes die gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen für dessen Durchführung zu schaffen. Hierbei läßt ihnen der Entwurf einen weiten, vielleicht allzuweiten Spielraum. Auch das dürfte der äußeren und der inneren Einheit des deutschen Schulwesens nicht förderlich sein.

Englische Verstärkungen für Oberschlesien?

Zwei englische Regimenter unterwegs.

Von angeblich gut unterrichteter Seite geht der Korrespondenz „Heer und Politik" folgende Mitteilung zu, die wir mit allem Vorbehalt wiedergeben:

England ist nicht gewillt, sich von Frankreich als Macht dritten Ranges behandeln zu lassen. Die Mitteilungen Lloyd Georges über die Zustände in Oberschlesien sind nicht leere Worte geblieben, sondern es sind ihnen sofort Taten gefolgt. Zwei englische Regimenter werden heute, Mittwoch, von der englischen Besatzungsarmee im Westen in Marsch gesetzt, um nach Oberschlesien transportiert zu werden, wo sie dem englischen Willen Nachdruck verleihen sollen. Das Uebergewicht der französischen Truppen in Oberschlesien hatte zur Folge, daß die polnischen Truppen mit der Unterstützung der französischen nach Belieben schalten und walten konnten. Durch das Vorgehen der Engländer wird diesem Zustand ein Ende gesetzt. Es wird dadurch zugleich bewirkt, daß die alte Grenze wieder hergestellt werden wird. Die Franzosen sollen, wie wir hören, dadurch in erster Reihe erkennen lernen, daß sie nicht, wie die französischen Zeitungen schon triumphierend schrieben, die einzige entscheidende Macht in Europa seien. Nach Ankunft der englischen Regimenter in Oberschlesien wird in schärfster Form dafür Sorge getragen werden, daß die polnische Grenze gegen alle künftigen räuberischen Ueberfälle geschlossen wird.

∞ **Dresden**, 19. Mai.

Die Bezirksgruppe Dresden der vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier hielt gestern abend eine öffentliche Versammlung ab, die zu den beiden wichtigsten Fragen, zu Versailles und Oberschlesien, Stellung nahm. Unter den Rednern befand sich auch der sächsische Wirtschaftsminister Fellisch, der im Namen der sächsischen Regierung eine Erklärung abgab, in der es u. a. heißt: „Die sächsische Staatsregierung sieht mit ganz besonderem Interesse den Ereignissen im Osten entgegen. Der Verlust Oberschlesiens wäre der schwerste Verlust gerade für Sachsen und die sächsische Arbeiterschaft. Wir würden ohne dieses Land ein wirtschaftlicher Krüppel sein. Gerade die oberschlesische Frage können und müssen wir ohne Parteihader mit aller Sachlichkeit und mit mäßiger Entschlossenheit betrachten, weil es sich hier um eine rein wirtschaftliche Frage handelt, die nicht vom Parteistandpunkt aus behandelt werden kann. Betrachten wir die Frage kulturell, dann kann jede Parteigesinnung ausscheiden, dann sind wir einig, in diesem Sinne deutsch zu sein. In diesem Sinne wird auch die sächsische Regierung dazu beitragen, den Knoten zu lösen, der uns im Osten so ungemein drückt. Betrachten wir das Friedensdiktat als Frage des Rechts, dann ist es eine Schande, daß es überhaupt besteht. Einen Vorwurf daraus zu machen, daß die deutsche Regierung sich entschließen mußte, ein „Ja" zum Ultimatum zu sagen, ist unberechtigt. Alles das, worunter wir jetzt leiden, ist eine Folgeerscheinung des furchtbaren Krieges. Wir leben leider noch im Zeitalter der Gewalt, und dieser Gewalt mußte sich die Regierung beugen. Unsere Aufgabe ist es, dieses Zeitalter abzulösen durch ein Zeitalter des Rechts."

Der deutsche Botschafter bei Briand.

Die Ausführung des Ultimatums.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Ω **Paris**, 19. Mai.

Der deutsche Botschafter Dr. Mayer hat gestern Briand einen Besuch gemacht, über den die Havasagentur folgendes mitteilt: Dr. Mayer habe im Namen der deutschen Regierung erklärt, daß Deutschland alle Bedingungen des Ultimatums ausführen werde. Der Kanzler Dr. Wirth habe bereits Bestimmungen getroffen, die die Entwaffnung beschleunigen sollen und er werde auch das übrige veranlassen, um die volle Milliarde vor dem 1. Juni zu bezahlen. — Diese Havasmeldung **wird von einigen Zeitungen, besonders vom „Eclair" mit Bemerkungen ergänzt, die, wie ich zu wissen glaube, den Tatsachen nicht entsprechen.** Wenn zum Beispiel von dem Blat tgesagt wird: „Es sei über Oberschlesien nicht geredet worden," so dürfte das ein Irrtum sein. Es ist vielmehr anzunehmen, daß in der Unterredung alle aktuellen Fragen also auch Oberschlesien berührt worden sind.

≋ **London**, 19. Mai.

Aus Washington wird gemeldet: Die polnische Regierung hat eine Note nach Washington gesandt, um die Unterstützung Amerikas für die polnischen Ansprüche auf Oberschlesien zu erlangen. Staatssekretär Hughes hat darauf geantwortet, daß Amerika seine traditionelle Politik verfolgen und sich nicht in die europäischen Angelegenheiten hineinziehen lassen wird.

Professor Aulard über die deutsch-französischen Beziehungen.

Frankreichs Versäumnisse gegenüber der deutschen Demokratie.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Ω **Paris**, 19. Mai.

Im Kongreß der „Liga für Menschenrechte", der in dieser Woche in Paris stattfand, hielt am letzten Tage der im „Berliner Tageblatt" vielgenannte Historiker Professor Aulard eine (gestern schon kurz erwähnte. D. Red.) Rede über die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, die, abgesehen von einigem Widerspruch, starken Beifall fand. Einige Sätze aus den Ausführungen Aulards seien hier wiedergegeben. Der Redner sprach von der Enttäuschung der deutschen Demokraten über die Haltung Frankreichs. „Als das deutsche Volk besiegt war, hätten wir seine politische Erziehung übernehmen (!) und ihm zeigen müssen, was die Worte „Demokratie" und „Republik" bedeuten. (Durch gutes Beispiel? Die Red.) Die Demokratie in Deutschland wartete darauf, daß ihr die Hand hingestreckt würde. Die Männer, die uns regierten, haben sich leider dieser Pflicht entzogen. Wie schön und klug wäre es gewesen, wenn am Tage nach dem Waffenstillstand das französische zum deutschen Volk gesprochen hätte, um es aufzufordern, die Leute zu verleugnen, die das Land an den Rand des Abgrundes geführt, und ihm zu zeigen, wie es aufs neue den verlorenen Platz in der Gemeinschaft der Völker einnehmen könnte: ein tröstlicher Ausblick auf Auferstehung und Friede, Freiheit und Gerechtigkeit! Wir haben diese Worte nicht gesprochen; wir haben das deutsche Volk entmutigt und es widerstandslos den Mächten der Vergangenheit, den Kräften der Reaktion überlassen. Unsere chauvinistische Presse hat nur Verachtung und Mißtrauen für den wenigen deutschen Demokraten übrig gehabt, die es versuchten, Deutschland dem neuen Geist entgegen zu führen. Der edle und unglückliche Kurt Eisner hat vergeblich eine Zusammenkunft mit Clemenceau gesucht, der ihm nicht einmal antwortete. Die französische Regierung verhandelte lieber mit den bayrischen Monarchisten, deren einer den armen Eisner ermordet hat. Dennoch, französische Demokraten, ist es unsere Aufgabe, die Demokraten Deutschlands zu ermutigen, und es bleibt anzuerkennen, wenn sie etwas Gutes tun. Wir müssen sie von der verzweifelten Politik fernhalten, zu der die Imperialisten sie treiben wollen, und die mit Sicherheit zu neuen Kriegen führt. Erst dann wird der Friede in der zivilisierten Welt herrschen, wenn Frankreich und Deutschland durch das Bewußtsein ihrer gemeinsamen Interessen einander nähergebracht werden und den Entschluß gefaßt haben, niemals mehr Krieg gegeneinander zu führen. Es ist deshalb notwendig, daß Deutschland so rasch als möglich Aufnahme im Völkerbund findet, wenn es gezeigt hat, daß es seine Verpflichtungen ehrlich erfüllen will."

Französische Eindrücke in Deutschland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Ω **Paris**, 19. Mai.

Der Korrespondent des „Intransigeant" in Berlin hat eine Reise durch Deutschland gemacht und schreibt über seine Eindrücke: „Alle Felder sind bestellt. Die Ernte läßt sich gut an. Ueberall spürt man Ordnung, Organisation und Arbeit. Wenn man die Straßen Berlins durchschreitet, die sauber sind wie ein neuer Groschen (Na, na! Die Red.), wenn man überall neue **Häuser und Villen sieht, empfindet man einen gewaltigen Eindruck von deutscher Kraft.** Wenn ein Volk, das zwei Jahre lang so kritische Stunden erlebt hat, sich trotzdem so erstaunlich aufrafft, muß man damit rechnen, daß es in wenigen Jahren ein starker oder ein furchtbarer Gegner sein wird." Der Korrespondent glaubt, daß die Enttäuschung über die Haltung Amerikas groß war, und daß es gegenwärtig für einen Franzosen nicht leicht ist, in Berlin zu leben. (!) Ein Vertreter der Rechten habe ihm gesagt, daß es unmöglich sei, die Bedingungen des Ultimatums zu erfüllen. Das Kabinett sei schwach und werde bald durch eine nationalistische Regierung abgelöst werden. (!!) Auch ein Vertreter der Linken glaubt angeblich, daß diese Regierung auf die Dauer gegen die „Militärpartei" nichts ausrichten könne. Der Korrespondent hat auch mit einer Persönlichkeit gesprochen, die der neuen Regierung angehört und sagt von den Erklärungen, die er vernahm, daß sie ehrlich und kräftig klangen. Er hält es für notwendig, daß die französische Regierung und die öffentliche Meinung Frankreichs dem neuen Kabinett Vertrauen zeigen und es in jeder möglichen Weise zu stützen versuchen. Die beiden am meisten in Deutschland gehaßten Männer Frankreichs sollen zurzeit Briand und der frühere Kriegsminister Lefèvre sein, der letztere, weil er angeblich zu gut über die Bewaffnung und die militärischen Vorbereitungen informiert ist! Wenn diese Beobachtung richtig ist, darf man sich in Deutschland zum mindesten über Lefèvre beruhigen: aus seinen Reden und Artikeln spricht eine solche Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, daß man ihm Unrecht tut. (Die Tendenz des „Intransigeant"-Berichts ist hinreichend durchsichtig. Die „deutsche Gefahr" soll möglichst schwarz ausgemalt werden, um daraus Rechtstitel für die maniakalischen Gewaltforderungen des „bloc national" ableiten zu können. Die Red.)

Die neue italienische Kammer.

Mailand, 19. Mai. (E. P.)

Nach den jüngst zusammengestellten Ergebnissen der Wahlen, die durch die amtliche Nachprüfung kaum noch wesentliche Aenderungen erfahren dürften, bildet die neue Kammer nach dem „Corriere della Sera" folgendes Bild im Vergleich zu dem Ergebnis der Novemberwahlen 1919: 275 Abgeordnete der Verfassungsparteien (gegen 239), 107 Katholiken (gegen 100), 129 Sozialisten (138), 16 Kommunisten (18), 7 Republikaner (13) und neu 4 Deutsche und 4 Slowenen aus den befreiten Gebieten.

Eine Rheinkonferenz in Paris.

Paris, 18. Mai. (W. T. B.)

Heute wurde hier unter dem Vorsitz des Ministers für öffentliche Arbeiten eine Konferenz von Vertretern der Handelskammern von Ostfrankreich, dem Elsaß und Lothringen abgehalten. Die Konferenz befaßte sich mit dem Plane der Nutzbarmachung des Rheins zwischen der schweizerischen Grenze und Straßburg. Es handelt sich dabei um die Anlage eines Kanals im Elsaß, den Bau von achtzehn Schleusen und die Einrichtung hydroelektrischer Fabriken, die eine Stromstärke von 550 000 Kilowatt liefern sollen. Die Versammlung beschloß die Gründung einer Studiengesellschaft zwecks Ausarbeitung eines technischen und finanziellen Planes.

* Der deutsche Gesandte in Riga, Dr. **Wever**, hat, wie wir hören, einen längeren Urlaub angetreten, von dem er nicht auf seinen Posten zurückkehren wird. Ueber seine Nachfolge ist noch keine Entscheidung getroffen.

Der deutsche Spielplan.*)

Von **Fritz Engel.** [Nachdruck verboten.]

Dem Kritiker, der im Reiche draußen gastiert, drängen sich die zwei Fragen auf: was wird gespielt? Und: wie wird gespielt? Dieses Wie gabelt sich in die Frage — einmal nach den schauspielerischen Leistungen und dann nach der Arbeit der Regisseure und Ausstattungskünstler.

Die Zeiten sind ja vorbei, daß die Direktoren alle Fäden der Bühnenleitung, die wirtschaftlichen zugleich und die geistigen, allein in der Hand haben. Jede größere Bühne ist jetzt ein umfangreicher Organismus, und wenn die Verantwortlichkeit durch den Namen des Direktors gedeckt wird, so sind es von außen her Staats- und Stadtverwaltungen, und von innen her, freilich minder einflußreich, Dramaturgen und Regisseure, die hemmend oder stoßend Einwirkung versuchen. Wer wie ich immer für den freien Wettbewerb im Kunstgebiet eintrat und in der Arbeit unserer „Privattheater" das agens movens der Weiterentwicklung sah und sieht (womit natürlich das Existenzrecht gemeinnütziger Theater und Volksbühnen nicht bestritten werden soll), erblickt nicht schon darin einen Fortschritt, daß zahlreiche Bühnenleiter ihre Selbständigkeit aufgegeben haben. Früher war der Direktor eines Stadttheaters der Pächter des Instituts und beinahe frei. Er nutzte das oft zu seinem eigenen Vorteil aus, auf Kosten der Schauspieler, zum Schaden der Kunst. Es gab aber auch andere, die mit der Kunst, nicht gegen sie, Geschäfte machten. Wenn ich in meinem ersten Aufsatz von dem künstlerischen Reichtum sprach, der unser Deutschland vor allen anderen Ländern auszeichnet, so ist er nicht zum geringen Teil dem Eifer dieser Klasse von Bühnenleitern zu danken.

Sie waren beinahe frei. Es gab immer jenen vielzähnigen Drachen, den man „Stadttheaterkomitee" nannte. Er bewachte die Lokalinteressen, die Ansprüche eingesessener, überalterter Schauspieler, wohl gar auch den unverfälschten Goldschatz bourgeoiser Sittlichkeit. Hat sich das geändert? Jetzt sind die Direktoren „Beamte", wenn man sich auch hüten muß, sie so zu nennen. Sie sind von einem Staat, von einer Stadt angestellt und bekommen feste Bezüge; nur einen einzigen habe ich gesprochen, der daneben noch Anspruch auf Gewinnbeteiligung hat. Sie alle haben mir zwar erzählt, daß sie „unabhängig" seien. Mannesstolz strahlte aus ihren Augen, wie hätte ich zweifeln dürfen? Im Bereich des jetzigen preußischen Kultusministeriums schien mir das nach den Berliner Erfahrungen glaubhaft. Sonst steht fast überall der vertraglich festgelegten Selbständigkeit zum mindesten die kluge und geschmeidige Anpassung gegenüber. Es kommt nicht zu Konflikten, in der Tat, man weicht ihnen eben aus. In katholischen Gegenden wird man ein Stück, das möglicherweise „Empfindungen verletzen" könnte, nicht auf den Spielplan bringen. In Bayern, wo man von der Revolution wie von einer Familienschande am liebsten gar nicht spricht, wird ein Staatstheater ein revolutionäres Stück erst gar nicht in Erwägung ziehen. Wenn ein junger Schiller mit seinen „Räubern" käme, so voll Glut und dazu so voll von sicherer Theaterwirkung, man ließe Dalbergs Beispiel unbeachtet und wiese das Stück und seinen Erfolg der sonst ziemlich von oben herab betrachteten Privatbühne zu.

Eine Entschuldigung ist, daß jetzt keine „Räuber" geschrieben werden, keine „Kabale und Liebe", auch kein „Götz". Mit Schrecken habe ich gelesen, daß die Berliner Jugend sich von Schiller abwendet. Mein Gefühl ist umgekehrt, man müßte jetzt täglich Schillers Monumente mit frischen Blumen schmücken, wie fromme Hände es an den Mariensäulen tun. Rechts und links könnte sich an dieser Huldigung beteiligen. Ich sah ihn unterwegs einige Male, immer wieder mit der Ergriffenheit und Ehrfurcht, als ob ich vor etwas ganz Neuem stände, wie denn das Ewige immer neu ist. Stets auch mit der bitteren Frage, wo denn unter unseren dichtenden Zeitgenossen die Kräfte wären, die in so großartiger Plastik Volksgefühle gestalten könnten. Sie winseln, sie schreien, sie pfäffeln. Sie reden eine künstliche, ausgeschwitzte Sprache, die zu verstehen auch den Schweiß des Hörers kostet. Und beinahe nur ein einziger, Fritz v. Unruh, hat das absolut zuverlässige Ethos in sich, das den Fritz v. Schiller zu einem großen Menschen gemacht hätte, auch wenn er kein großer Dichter gewesen wäre.

Die neueste Poesie ist keine Lockung für Direktoren. Es kommt dazu, daß die Herren, die meisten von ihnen, saturiert sind, ganz gut bezahlte „Beamte", die an einer jähen Veränderung des Weltbildes kein sonderliches Interesse haben. Einige sind auch von unter herauf verärgert, weil Betriebsräte und Angestelltenausschüsse nach dem Umsturz auch an ihre Kronen oder Privilegien getastet hatten. Das hat sich jetzt geändert. Die Stürme der Auflehnung haben sich gesänftigt, und was übrig geblieben ist, sind Instanzen, mit denen sich arbeiten läßt. Daß auch an den Bühnen eine soziale Macht stehen soll, die den Schwächeren vor der Tyrannei des Stärkeren schützt, ist gut und soll nie mehr verschwinden. Aber in künstlerischen Fragen herrsche das Recht der leitenden Persönlichkeit. An der Spitze eines Theaters soll, wie Oskar Wilde das genannt hat, ein „gebildeter Despot" stehen. Die Despoten, von denen jetzt viele, im Gegensatz zu früheren Zeiten, in der Tat sehr gebildet sind, versicherten mir auch allzumal, daß sie mit ihren Betriebsräten vortrefflich auskämen. Nur eine Direktion am Rhein, die im Gewitter der Revolution vielleicht aus Diplomatie, wahrscheinlich aber aus Ueberzeugung und Gutmeinung, von ihren Rechten allzu viel geopfert hatte, war nun traurig und enttäuscht.

Die Bühnenleiter, für die Innehaltung eines bestimmten Etats und für die Verlängerung ihres eigenen Kontraktes verantwortlich sind in der Mehrzahl beharrende Elemente. Genau wie die Masse des zahlenden Publikums, auch in seinen rotgefärbten Teilen. Selbst diejenigen, die gelegentlich etwas wagen, wie etwa Hartung in Darmstadt, wünschen fürs Ganze ein ruhiges Fahrwasser. Ich zweifle nicht, daß, wenn es auf das geheime Votum ihres Herzens ankäme, sie für die Wiedereinführung der Zensur stimmen würden. Vor allzu üppiger Lust an Neuerungen künstlerischer Art werden die Direktoren schließlich dadurch bewahrt, daß sie im Zuge der Zeit für viele und billige Volksvorstellungen sorgen müssen. Das Bremer Stadttheater z. B., unter Leitung des Hofrats Otto, gab in der letzten Spielzeit nicht weniger als 115 solche Veranstaltungen. Hier sind nicht nur Wünsche der Gewerkschaften und anderer Organisationen zu berücksichtigen; diese Vorstellungen kosten auch mehr Geld, als sie bringen. Ein Grund mehr, die Gesamtheit des Spielplans mit besonderer Vorsicht auszubalanzieren und auf kühne Experimente zu verzichten.

So traf ich einen sehr verständigen, aber auch gedämpften Spielplan. Dabei spreche ich nur von den „ernsten" Theatern. Neben ihnen blühen überall die Operettenbühnen, wenn auch ein Rückgang der Konjunktur seine ersten Spuren zeigt. Einige Stadtverwaltungen, die über zwei Theater verfügen, haben mit dem Tanzteufel der Operette einen Pakt geschlossen. Sie geben ihm das eine Theater, um das Defizit des anderen zu decken und sich die freie Konkurrenz vom Hals zu halten. Die Oper ist überall gut besucht und kostet trotzdem Geld. Im besetzten Gebiet wünschen die Engländer italienische Musik zu hören, die weißen Franzosen lehnen Richard Wagner nicht ab. Was die farbigen Franzosen für Kunstwünsche haben, weiß ich nicht. Vielleicht gibt es eine Niggeroper mit Originalgrunzlauten, die man ihnen vorsetzen kann. Von den lebenden Tonsetzern hörte ich dankbar Schreker und Korngold. Der nicht mehr lebende Mussorgski hat mit „Boris Godunow" in Stutgart, unter Leitung des Oberregisseurs Erhardt, einen großen Erfolg. Auch Richard Strauß fehlt nicht. Und Verdi und Lortzing, wie werden sie je das Publikum verlieren!

Im Schauspiel sind Strindberg und Wedekind schon Klassiker; in München, bei Hermine Körner, sah ich die 132. Aufführung der „Büchse der Pandora". Es gehört kein Mut mehr dazu, sie zu spielen. Die Ströme der Wirkung, die von beiden über den Theaterabend hinaus in die Menge gehen, in ihre Auffassung von Ehe und Geschlechtsleben, sind von ungeheurer, gar nicht abschätzbarer Stärke. Man spiel Sternheim, sogar seine kitschige „Marquise von Arcis", man macht vor Hasenclevers „Jenseits" eine, wie mir schien, widerwillige Verbeugung, aus Modegründen und weil man dem Vorwurf ausweichen will, den „Führer" nicht gespielt zu haben. Ich sah immer neben ein bißchen Schiller, Goethe und Grillparzer, Emil Gött

*) Siehe „Berliner Tageblatt" Nr. 220.

Koalitionsfragen.

Deutsche Volkspartei und Mehrheitssozialdemokratie.

Das Reichskabinett ist noch nicht fertig, die preußische Regierung soll umgebildet werden. Im Reich hat sich die Deutsche Volkspartei, in Preußen die Mehrheitssozialdemokratie glücklich aus der Regierung herausmanövriert. In Preußen sind die Sozialdemokraten wieder eingetreten. Ob auch die Deutsche Volkspartei im Reich und in Preußen — das ist die Frage. Die volksparteiliche „Tägliche Rundschau" veröffentlicht heute früh einen Leitartikel, der den Wunsch der Partei, an der Regierung wieder teilzunehmen, deutlich erkennen läßt, zugleich auch die Befürchtung ausspricht, daß der Wiedereintritt der Sozialdemokratie in Preußen „die weitere Zersetzung der preußischen Verwaltung" zur Folge haben werde. In der Mehrheitssozialdemokratie kämpfen zwei Strömungen: die eine wünscht, die andere verwirft die Zusammenarbeit mit den Volksparteilern. Es ist bekannt, daß gerade führende Persönlichkeiten der Sozialdemokratie zu der ersten Gruppe gehören. Erst kürzlich ist wieder Oberpräsident Hörsing in Magdeburg für die Zusammenarbeit entschieden eingetreten. In einem ruhig abwägenden Leitartikel, dem wir in vielen Punkten zustimmen können, nimmt heute im „Vorwärts" dessen Chefredakteur Friedrich Stampfer zu der Frage Stellung. Er weist darauf hin, daß für die Reichspolitik Gesichtspunkte der auswärtigen Politik ausschlaggebend sind, und daß die Linie der auswärtigen Politik nur die Erfüllung des Ultimatums nach besten Kräften sein kann. Hieran knüpft er folgende Bemerkungen:

„Die Frage steht danach so, ob der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung dieser Politik förderlich oder schädlich ist. Würde sich die Deutsche Volkspartei geschlossen mit aller Energie und mit allen Kräften, die hinter ihr stehen, für jene Aufgabe einsetzen, dann würden die Vorteile ihres Eintritts alle Nachteile überwiegen. Kann aber diese Partei, die am 10. Mai noch fast geschlossen mit Nein gestimmt hat, ein solches Maß von Einsicht und Selbstüberwindung nicht aufbringen, ist vielmehr eher zu befürchten, daß sie ihren Einfluß in der Regierung dazu mißbrauchen würde, die durch den Beschluß vom 10. Mai vorgezeichnete Politik zu durchkreuzen, dann wäre ihr Eintritt in die Regierung keine Sicherung, sondern eine Gefahr. Die Regierung wird in Erfüllung ihrer Aufgaben vor Maßnahmen nicht zurückschrecken dürfen, die von den leitenden Kreisen der Industrie und des Handels als höchst drückend empfunden werden. Wenn solche Maßnahmen von volksparteilichen Ministern mitgemacht werden, dann wird der Widerstand gegen sie vielleicht etwas geringer sein. Würden aber volksparteiliche Minister sich in der Regierung als die beauftragten Vertreter von Besitzinteressen fühlen, so wäre der Konflikt zwischen ihnen und ihren sozialdemokratischen Kollegen gegeben, und einer von beiden müßte ausscheiden. Man hätte dann statt der breiten tragenden Grundlage nur ein explosives Gemisch geschaffen, das bei der ersten Gelegenheit mit lautem Knall auffliegt."

Die schwierigen Aufgaben, vor die Deutschland heute gestellt ist, lassen eine Stabilisierung der Regierungsverhältnisse sowohl im Reich wie in Preußen als dringend erwünscht erscheinen. Und weil eine Befestigung unter den heutigen Parteiverhältnissen nur durch den Block von Stresemann bis Scheidemann erreicht werden kann, darum sind wir für die Verbreiterung der Koalition sowohl im Reich wie in Preußen stets eingetreten. Aber selbstverständlich hat eine solche Erweiterung der Reichsregierung nur dann Bedeutung, wenn dadurch die Hauptaufgabe des Kabinetts Wirth, zu deren Durchführung es berufen wurde, nicht gefährdet wird.

Der Braunschweiger Verfassungsstreit.

Anrufung des Staatsgerichtshofs.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. **Braunschweig**, 19. Mai.

Der Braunschweiger Verfassungsstreit soll durch eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes in Leipzig gelöst werden. Dem Appell der Fraktion des Landeswahlverbandes an den Reichskanzler zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Braunschweig folgte jetzt eine Eingabe dieser Fraktion an den Staatsgerichtshof in Leipzig, durch den der Verfassungskonflikt im Rechtswege gelöst werden soll. Bekanntlich ist der Verfassungsstreit dadurch entstanden, daß die bürgerliche Landtagsfraktion die Auflösung des Landtages und die Ausschreibung von Neuwahlen verlangte, weil nach einem Gesetz vom 15. November 1918 die Wahlperiode des Landtages eine einjährige ist und am 15. Mai d. J. abgelaufen war. Die sozialdemokratische Landtagsmehrheit hat im Einvernehmen mit den sozialistischen Regierungen jedoch die Ausschreibung von Neuwahlen abgelehnt und die Weitertagung des gegenwärtigen Landtags beschlossen.

Stegerwald über die preußische Kabinettbildung.

Wie der Ministerpräsident Stegerwald einem unserer Mitarbeiter mitteilte, wird er zur Neubildung der preußischen Regierung nicht eher Schritte unternehmen, als bis die Reichsregierung vollständig gebildet ist. Es wird damit gerechnet, daß die Neubildung der preußischen Regierung nicht vor Ende Mai erfolgen wird.

*

* In den **Verfassungsausschuß** des preußischen Landtags hat die Demokratische Partei die Abgeordneten Rechtsanwalt Dr. Berndt und den früheren Reichsminister des Innern Dr. Preuß entsandt, in den Ausschuß zur Wahrnehmung der preußischen Verkehrsinteressen den Staatsminister a. D. Oeser, der zum Vorsitzenden des Ausschusses ernannt worden ist.

Um die Asche der Eleonor Marx.

Die englische Polizei hat bei einer Haussuchung im Zentralbureau der Londoner Kommunisten eine Urne beschlagnahmt, die die Asche von Eleonor Marx, der dritten Tochter von Karl Marx, enthielt, die die Kommunisten im Begriffe waren, nach Moskau zu entsenden. Gegen diesen Unfug der britischen Kommunisten protestiert der Enkel von Marx, Jean Longuet, in einem entrüsteten Artikel des „Populaire". Er bezeichnet es als unerhört, daß die Kommunisten sich für ihre Propagandazwecke dieser Urne bedienen wollen: Eleonor Marx habe auf allen Kongressen der Internationale den Kampf gegen die Anarchisten, gegen alle Zersplitterer des Proletariats, kurz gegen alle Tendenzen geführt, die heute das A und O der Moskauer Internationale seien. Er schließt seinen Protest gegen diese Aschenschändung mit folgenden Worten: „Es genügt nicht, daß man in Rußland sowohl die Doktrin wie auch das Lebensbild des Gründers der Internationale verzerrt habe, um sich das Recht anzumaßen, ihn und die Seinen für eine sektische Auffassung mobil zu machen, gegen die sich seine gesamte Lehre entschieden wendet!"

Politische Tagesschau.

Den Blättern zufolge wurden die Arbeiter Franz Goßler, Otto Schwenke und Ferdinand Goßler, die am Ostersonnabend den Bombenanschlag auf die „Saalezeitung" verübt haben, vom Sondergericht zu Zuchthausstrafen von 1½ bis 4 Jahren verurteilt.

*

* Der Bund entschiedener **Schulreformer** hielt, wie unser ‡-Korrespondent meldet, in Frankfurt am Main eine Tagung ab. Lebhafte Diskussionen zeigten, wie hart umstritten noch das Gebiet der modernen Erziehung ist. Am Schluß des ersten Tages wurde eine Entschließung gefaßt, die Protest erhebt gegen den neuen Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 146, 2 der Reichsverfassung. Die Annahme und Durchführung dieses Entwurfes würde das deutsche Schulwesen in die schlimmsten Zeiten der konfessionellen und bundesstaatlichen Zerrissenheit zurückwerfen, würde das Werden der Einheits- und Arbeitsschulen stören und unbedingt zu Stückwerk führen. (In demselben Sinne hat sich auch bereits der Deutsche Lehrerverein ausgesprochen. Die Red.)

*

* **Hambacher Fest.** Zur Erinnerung an den 27. Mai 1832, den Tag des Hambacher Festes, wird die pfälzische demokratische Jugend zusammen mit der Hauptpartei am 29. Mai eine Festfeier veranstalten.

*

* Wie wir erfahren, hat der frühere Reichsminister des Aeußern, Dr. **Simons**, sich heute auf eine längere Erholungsreise begeben.

Unbesonnene Köpfe.

Stimmungen in Bayern.

Die in München erscheinende demokratische „Süddeutsche Presse" macht unter der Ueberschrift „Unbesonnene Köpfe" Mitteilungen über gewisse Stimmungen in Bayern, die wir hier wiedergeben möchten, weil sie durch Nachrichten, die uns von anderer Seite zugehen, in ihrem tatsächlichen Inhalt bestätigt werden. Das demokratische Organ sagt, daß in ernsthaften politischen Kreisen Bayerns selbstverständlich keinerlei Neigung zu monarchistischen oder separatistischen Abenteuern bestehen, fährt dann aber fort:

„Dagegen gibt es unruhige Köpfe noch immer genug, die sich ernstlich mit solchen Gedanken tragen und ihnen die Bahn zu bereiten suchen, wenn auch in der Sonderrichtung auf die möglichst baldige Wiederherstellung der Monarchie. Zurzeit knüpfen diese Gedanken an die Tatsache an, daß die Reichsregierung das Ultimatum angenommen hat. Die vorwiegend aus Süddeutschen und Adligen bestehende Gruppe, die von einem ehemaligen diplomatischen deutschen Auslandsvertreter geführt wird, glaubt dabei auf dem Umwege über die Offiziere auf die Mitwirkung erheblicher Teile der bayerischen Reichswehr rechnen zu können. Sie dürfte sich — wir glauben, ihnen das bestimmt versichern zu können — erheblich täuschen. Die Mannschaften und die Unteroffiziere, selbst der Formationen, auf die sie rechnen, übertreffen sie an politischer Einsicht und neigen weder zu einer Wiedereinsetzung der Monarchie noch zur Aufrichtung eines Rheinbundes, und wenn sie sich über die Stimmung in Nordbayern unterrichten wollen, so können sie selbst bei der Bayerischen Volkspartei erkunden, daß der Trennungsstrich sicher nicht den Main entlang, sondern höchstens die Donau entlang führen würde. Wie man in fränkischen Kreisen der Bayerischen Volkspartei überhaupt über die gegenwärtige südbayerische Führung denkt, kann ihnen speziell Herr Dr. Heim sagen. Sein Freund Kopp, der christliche Bauernsekretär, der just eben sein Landtagsmandat niedergelegt hat, wird ihn darüber unterrichtet haben. Das bayerische Volk antwortet jenen Auchpolitikern mit „Figaro": „Will der Herr Graf ein Tänzlein wagen, mag er's nur sagen, ich spiel' ihm auf!"

Mit vollem Recht ist in dem letzten Teil dieser Ausführungen darauf hingewiesen, daß es sich in diesem Fall ebenso wie in anderen nicht um den Gegensatz zwischen Bayern und dem Reich (oder wie in tendenziöser Zuspitzung oft gesagt wird: zwischen München und Berlin), sondern um Fragen handelt, über die man in Bayern selbst sehr verschiedener Ansicht ist, und deren Lösung in einem reichsfeindlichen Sinne zu schweren innerbayerischen Konflikten führen müßte. Dasselbe gilt auch für die Frage der Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren.

Die Entwaffnung der Einwohnerwehren.

Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich.

Zwischen Bayern und dem Reich haben in der Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehren Besprechungen stattgefunden, die von seiten des Reiches vom Reichskanzler in engstem Zusammenarbeiten mit dem Reichsminister des Innern geführt wurden. Die Reichsregierung hofft, daß diese Verhandlungen zu einem Erfolg führen werden.

Keine Illusionspolitik.

Die Verhandlungen über die bayerischen Einwohnerwehren

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München**, 19. Mai.

Die bayerische Staatsregierung hat zu dem ihr zugegangenen Rundschreiben der Reichsregierung über die Durchführung des Entwaffnungsgesetzes bis zur Stunde noch keine Stellung genommen. Der Ministerrat, der sich heute damit beschäftigen dürfte, wird den Inhalt des Rundschreibens genau prüfen, mit dem voraussichtlichen Ergebnis einer Rückfrage an die Reichsregierung, ob sie die bayerischen Einwohnerwehren als unter das Entwaffnungsgesetz fallend betrachte. Natürlich ich sich die bayerische Regierung in Wirklichkeit darüber nicht im unklaren, daß das Diktat auch den Einwohnerwehren gilt, und daß der Versuch der deutschnationalen „München-Augsburger Abendzeitung", dies zu bestreiten, eitel Spiegelfechterei ist. Um so bedenklicher erscheint es, daß auch die offiziöse Parteikorrespondenz der Bayerischen Volkspartei heute in der Einwohnerwehrfrage erneut den Weg des Verhandelns und Aufklärens vorschlägt, weil diese Möglichkeiten noch nicht bis zum letzten erschöpft seien. Es ist bestimmt zu erwarten, daß die bayerische Staatsregierung sich auf eine derartige völlig aussichtslose Illusionspolitik nicht einläßt. An dem Ministerrat wird auch der demokratische Handelsminister Hamm teilnehmen, der, entgegen allen Meldungen über seine Reise nach Berlin, seit seiner Rückkehr von den Reichstagsverhandlungen über das Ultimatum der Entente, München nicht verlassen hat.

*

Der bayerische **Handelsminister Hamm** erstattete gestern abend, wie die Telegraphen-Union aus München meldet, in einer demokratischen Versammlung Bericht über die politischen Vorgänge der letzten Zeit und erklärte zur Einwohnerwehrfrage, daß diese in Kreisen der bayerischen Regierung noch nicht endgültig entschieden sei, daß wir aber über das Schicksal Deutschlands nicht aus einer bayerischen Frage heraus entscheiden dürfen.

Französische Truppenbewegungen am Rhein.

An der Wupper.

B. S. Düsseldorf, 19. Mai.

Am Niederrhein, in der Gegend von Düsseldorf-Solingen, finden augenblicklich umfangreiche französische Truppenbewegungen statt. Es handelt sich um den Abtransport der Divisionen des vom General Heinnoque befehligten 33. französischen Armeekorps, das zur Besetzung des Ruhrgebietes Anfang Mai von der Pfalz her nach dem Niederrhein verschoben und an der Wupper aufmarschiert war. Es gehörte eigentlich zur französischen Rheinarmee und wird nun aus Unterbringungsrücksichten wieder nach der Pfalz zurückgenommen. Die gesamten anderen, aus dem Innern Frankreichs nach dem Rhein transportierten Truppenteile bleiben bis auf weiteres am Niederrhein so in Bereitschaft, daß ein Vormarsch ins Ruhrgebiet jederzeit erfolgen kann. An Stelle des 33. Korps wurde eine unter dem Befehl des Generals Vidalon stehende französische Division aus der Gegend von Duisburg, zusammen mit französischen Kürassieren, an die Wupper verlegt. — In den nächsten Tagen sollen auch die belgischen Truppen, die zusammen mit den Franzosen Duisburg und Ruhrort besetzt haben, durch Franzosen abgelöst und hinter den Rhein zurückgenommen werden, so daß damit in dem neubesetzten rechtsrheinischen Gebiet nur noch Franzosen ständen. Der Abtransport des 33. französischen Korps nach der Pfalz und die damit zusammenhängenden Truppenbewegungen am Niederrhein bedeuten also in keiner Weise einen Abbau der französischen Ruhrpläne.

Lautensack und Hans Müller-Schlösser, den „Sturz des Apostels Paulus" von Lauckner, und die Ueberzeugung wurde mir bekräftigt, daß sich hier, wie bei fast keinem anderen der Gegenwärtigen, Geist und Fleisch, Phantasie und Wirklichkeit zu einer schönen und bühnenwirksamen Einheit verbinden:

Von unserer allerjüngsten Brut bekam ich kein einziges Küken zu Gesicht. Sie jammern in ihren Zeitschriften nun schon als unverstandene Genies herum, aber auch wer die Jugend liebt und der Unreife vieles nachsieht, muß feststellen, daß sie Totes zur Welt bringt. Dagegen sah ich Eulenberg und Wilhelm v. Scholz, und mit Bedauern erinnere ich daran, daß diese guten Namen auf Berliner Bühnen fast unbekannt sind, wie auch Hermann Burte, der dem einmütigen Bannfluch der Berliner Direktoren verfallen ist. Eulenberg hat gewisse dramaturgische und szenische Ideen, die jetzt gang und gäbe sind, sehr früh geäußert. Er ist, und das ist wichtiger, ein reiner Poet mit starkem Herzschlag. In seinem Erstlingswerk „Anna Walewska", das ich in Leipzig sah, ist der Hieb einer Löwenpranke, ungeschlacht, aber gewaltig. In Nürnberg lernte ich Wilhelm v. Scholz' „Wettlauf nach dem Schatten" kennen. Er hat dichterisch schon Höheres geleistet. Es ist mehr Erkenntnistheorie als Dichtung, mehr Fachproblem als Menschengestaltung. Aber vom Anfang bis zum Ende horcht man verwundert-gespannt auf.

Oskar Wilde wird gespielt, und im Dutzend Bernhard Shaw. Sie beherrschen den Lustspielplan, neben dem alten Raeder, dessen „Robert und Bertram" ich im Lauf einer Woche an zwei verschiedenen Bühnen genießen durfte, neben Rößlers „Fünf Frankfurtern", über die noch immer geweint und gelacht wird. Wenn Shaw nun einmal abgespielt ist, was dann? Die deutsche Lustspielerzeugung war stets eine gar zu ernsthafte Sache. Und wir lachen gern, auch jetzt, heute erst recht, denn wir wollen auf Stunden unsere Sorgen vergessen. Sollen wir auch die Franzosen des Boulevardstückes über den Rhein lassen? Wir danken.

Viele der Direktoren verlangten ein Drama der beruhigten Linie, alle aber riefen mir zu: „Wissen Sie kein gutes Lustspiel?" Ich wußte nur eines, und das ist Shaw-Imitation: Speyers „Rugby".

Deutsche Poeten, habt Humor! Habt Talent! Das kann der Versailler Vertrag nicht verbieten.

---

* * * **Im Rahmen der Händel-Festspiele Göttingen** soll vom 5. bis 12. Juli, außer Wiederholungen der „Rodelinde", die weitere deutsche Uraufführung des 1723 geschriebenen „Ottone" („Otto und Theophano") folgen.

Der erste Deutsche Gesundheitsfürsorgetag findet am 25. Juni in Berlin (Hörsaal der medizinischen Poliklinik der Charité) statt. Verhandelt wird über Organisation und Aufbau der Gesundheitsämter, sowie ihre Stellung in der Jugendwohlfahrtspflege. Referenten sind Prof. Grotjahn (Berlin), Krautwig (Köln), Pfeiffer (Hamburg) und Stadtrat Silberstein (Berlin). Näheres durch das Gesundheitsamt Berlin (Sozialhygienische Abteilung), An der Fischerbrücke.

st. Jubiläum der Leipziger Gesellschaft für Erdkunde. Aus Leipzig schreibt unser Korrespondent: Die Gesellschaft für Erdkunde vereinigte die Tagung des zwanzigsten Geographentages mit der Feier ihres 60jährigen Bestehens, die im Zoologischen Garten stattfand. Ansprachen hielten Geheimrat Professor Partsch über die Gesellschaft für Erdkunde zu Leipzig, Professor Mayer über den Deutschen Geographentag, Geheimrat Professor Penck über die geographischen Gesellschaften. Zu Ehrenmitgliedern der Leipziger Gesellschaft wurden ernannt: Verlagsbuchhändler Fritz Baedeker (Leipzig), Professor Hettner (Heidelberg), Professor Passarge (Hamburg), Professor Alfred Philippson (Bonn), Professor Karl Sapper (früher Straßburg, jetzt Würzburg); zu korrespondierenden Mitgliedern die verdienten Kartographen Professor Haack (Gotha), Professor Langhans (Gotha) und Paul Sprigade (Berlin). Die hohe Auszeichnung der Eduard-Vogel-Medaille in Erz (vor dem Kriege in Gold) wurde dem Professor Fritz Jäger (Berlin) und dem Major Detzner (Potsdam), die während des Krieges Forschungsreisen in Südwestafrika und Neuguinea ausgeführt haben, verliehen. Die Königsberger Geographische Gesellschaft ernannte die Professoren Partsch und Hans Meyer, beide in Leipzig, zu Ehrenmitgliedern.

kk. „Der hillige Hannes", eine plattdeutsch geschriebene Komödie des Hamburger Dichters Hans Friedrich Blunck, dem das norddeutsche Schrifttum manche Novelle und manchen Roman eigenen Wuchses verdankt, begegnete in den Hamburger Kammerspielen, einer Meldung unseres Mitarbeiters zufolge, in einer von den Darstellern der niederdeutschen Bühne veranstalteten Aufführung sehr herzlichem Beifall. Mit kräftigen Humoren und einer saftigen und rassigen Menschlichkeit wird ein edelherziger Predigtamtskandidat gezeichnet, dessen moralische Prinzipien von der Verwegenheit eines leichtfertigen jungen Geblüts mit Anfechtung und Fährnis bedroht werden. Es entwickelt sich eine sehr bunte, zuweilen ernsthaft gewendete Handlung, deren Aufbau freilich unsicher ist. Die bodenständige, niederdeutsche Komödie wird nicht erreicht. Stoff, Idee und Gedankeninhalt machten das plattdeutsche Idiom für dieses Stück keineswegs zur Notwendigkeit.

≋ **Amerikanische Hilfe für deutsche Lehrer.** Wie uns aus New-York gemeldet wird, hat der New-Yorker Gelehrte Professor Ernst Horrwitz den dringenden Sammelruf Professor Rudolf Euckens aufgenommen und eine Spende von 21 000 Mark an den Oberbürgermeister von Weimar zur Verteilung unter dortige bedürftige Lehrer abgesandt. Es ist der Erlös aus seinen Vorlesungen, die er zu Ende der Wintersaison gehalten hat.

Aus der Musikwelt. Das nächste städtische Volkskonzert des Blüthner-Orchesters findet am Freitag, 20. Mai, abends 8 Uhr, in der Brauerei Königstadt statt. Dirigent: E. Meyerowitz. Programm u. a. Cherubini, Verdi, Berlioz, Weber, Mozart, Liszt.

Raubmordversuch auf einen Juwelier.

Feuergefecht zwischen Polizei und Verbrechern.

Nur durch einen Zufall ist in der vergangenen Nacht ein geplanter Raubmord vereitelt worden. Der Berliner Kriminalpolizei war bekannt geworden, daß in der Nacht vom 17. zum 18. Mai der Juwelier Albert Guschke, der in der Belle-Alliance-Straße ein Goldwarengeschäft besitzt, in seiner Privatwohnung in der Wartenburgstraße 15 überfallen und ermordet werden sollte. Die Polizei hatte daher ihre Sicherheitsmaßnahmen getroffen und eine Anzahl Kriminalbeamte suchten gestern abend die Wohnung des Juweliers auf und hielten sich dort verborgen. Kurz vor 12 Uhr nachts drangen drei Männer mit Nachschlüsseln in die Wohnung des Juweliers ein. Als sie sich auf den Mann, der im Bette lag, stürzen wollten, traten ihnen die Beamten aus ihrem Versteck entgegen. Einer der drei erhob sofort eine Schußwaffe. Die Beamten kamen ihm jedoch zuvor und gaben mehrere Schüsse auf die Einbrecher ab, von denen einer getroffen tot zusammenbrach. Eine Kugel prallte jedoch vom Ofen zurück und verletzte den Beamten selbst am Fuße. Es gelang, einen zweiten Einbrecher zu verhaften, während der dritte die Flucht ergriff und entkam. Bei dem Erschossenen fand man eine Repetierpistole, eine große Spritze mit Morphium, Blausäure, eine Chloroformmaske und Dietriche. Die Absicht der Verbrecher war, Guschke mit der Chloroformmaske zu betäuben und ihn dann mit Blausäure oder Morphium zu vergiften. Die Morphiumspritze, die dem Schlafenden zugedacht war, hätte, wenn auch nur ein Teil eingespritzt worden wäre, nach dem Gutachten eines Arztes genügt, den Mann sofort zu töten. Nach der Ermordung Guschkes wollten die Verbrecher nicht nur seine Wohnung ausräumen, sondern sich auch der Ladenschlüssel bemächtigen, um auch das Geschäft in der Belle-Alliance-Straße auszuplündern. Der Erschossene, der nach dem Schauhause gebracht wurde, hatte keine Papiere, die zur Feststellung seiner Persönlichkeit dienen konnten, bei sich. Auch die Person des Verhafteten ist noch nicht bestimmt festgestellt. Seine Angaben müssen noch nachgeprüft werden. Die Kriminalpolizei hat alle Maßnahmen getroffen, um auch den flüchtigen Mittäter zu ermitteln. Die Motive der Tat sind noch unbekannt. Guschke lebte seit längerer Zeit von seiner Frau getrennt.

Keine Schnellzüge über Thorn nach Ostpreußen. Zur Verbindung mit Ostpreußen waren, wie berichtet, auch Schnellzüge über Bromberg und Thorn vorgesehen. Es ist aber vorläufig nicht möglich, diese Züge zu fahren. Sie verkehren bis auf weiteres nur zwischen Insterburg und Eydtkuhnen im Anschluß an die Berliner Nachtschnellzüge durch den Korridor. Geplant waren ferner auch Personenzüge von Berlin 11 Uhr 40 Minuten nachmittag durch den Korridor bis Eydtkuhnen, zurück von dort 9 Uhr 44 Minuten nachmittag. Auch diese Züge verkehren bis auf weiteres nur zwischen Königsberg und Eydtkuhnen.

Der Berliner Bürgerrat gegen die Hausangestelltensteuer. Die von den Stadtverordneten am 22. März beschlossene Steuer auf die Beschäftigung von Hausangestellten unterliegt noch der Prüfung durch die Aufsichtsbehörden. Den zahlreichen Einsprüchen gegen diese Steuer hat sich der geschäftsführende Ausschuß des Bürgerrats von Groß-Berlin in seiner gestrigen Sitzung angeschlossen. Er hat folgende Entschließung dem Oberpräsidenten und dem Minister der Innern übermittelt: Der Bürgerrat von Groß-Berlin richtet an die kommunalen Aufsichtsbehörden das dringende Ersuchen, der von den städtischen Körperschaften Berlins beschlossenen Steuerordnung für die Beschäftigung von Hausangestellten in der vorliegenden Fassung die Genehmigung zu versagen. Die Steuer ist in höchstem Grade ungerecht, weil sie all diese Kreise ohne Rücksicht auf Einkommen und Alter unterschiedslos trifft. Von einem Aufwand kann erst bei zwei und mehr Hausangestellten gesprochen werden. Die Beschäftigung nur eines Hausangestellten muß daher unter allen Umständen steuerfrei bleiben. Der Bürgerrat von Groß-Berlin bittet die Aufsichtsbehörden, diese sozialen Gründe bei der Prüfung der Berliner Steuerordnung als ausschlaggebend zu bewerten und dementsprechend die Steuer mit den erforderlichen Auflagen an den Magistrat zurückzureichen.

Der neue Höchstmietenzuschlag.

45 Prozent der Friedensmiete.

Der Magistrat Berlin hat in einer Sitzung beschlossen, den Höchstmietenzuschlag von 30 Prozent auf 45 Prozent der Friedensmiete zu erhöhen; der geforderte 15prozentige Reparaturzuschlag wurde abgelehnt. Bevor dieser Beschluß in Kraft tritt, bedarf er indessen der Zustimmung des Oberpräsidenten. Die Vermieter wollen sich beschwerdeführend an den Wohlfahrtsminister zu wenden, mit der Begründung, daß 45 Prozent Zuschlag unzureichend seien. Sollte der Beschluß wirkungskräftig werden, dann würden sich die Vermieter weigern, irgendwelche Reparaturen auszuführen.

Razzia auf der Treptower „Spielwiese". Eine neue Razzia fand gestern, Mittwoch abend, auf den Treptower Spielwiesen statt. Im Verlauf der polizeilichen Aktion wurden einige Personen sistiert, die beim Glücksspiel überrascht wurden. Das anwesende Publikum griff in starker Ueberzahl die Polizeibeamten an, so daß diese sich durch Schreckschüsse Platz schaffen mußten. Infolge der Schüsse kam eine stärkere Abteilung der Schutzpolizei hinzu, bei deren Herannahen sich das Publikum zerstreute. Es gelang einen der Angreifer zu verhaften.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Im Westen weit verbreitete, in Süd- und Mitteldeutschland mehr vereinzelte Gewitter.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski-Lichterfelde; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Erich Vogeler-Tegel; für den Roman: Fritz Engel-Schöneberg; für die Handelszeitung: Dr. Felix Pinner-Wilmersdorf; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Baron-Schöneberg.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Hierzu 1 Beiblatt.

Berliner Fonds-Börse 19. Mai 1921.

Widerstandsfähig. Renten weiter fest.

Während am Industrieaktienmarkt die Haltung bei sehr stillem Geschäft nicht einheitlich, eher abgeschwächt war, hielt die rege Kauftätigkeit am Markte der heimischen Anleihen auch heute an. Sämtliche Renten erzielten gleich anfangs grössere Kursgewinne. Auf die neuerliche Abschwächung der Mark in New-York zogen Devisen und Auslandspapiere an. Am Markte der Aktien der Schantung-Eisenbahn-Ges. war eine Belebung zu verzeichnen.

Montanwerte: Bismarckhütte 715 (+ 5), Harpen 460 (— 5), Hohenlohe 260 (+ 4), Mannesmann 574 (— 6), Rhein. Braunkohle 678½ (— 5½), Thale 820 (— 10). Schiffahrtsaktien: Dtsch.-Australier 869½ (— 2), Paket 167¾ (— 1¼), Hansa 300 (+ 9). Chemische Papiere: Bad. Anilin 520½ (— 4½), Elberfelder Farben 447 (— 5). Elektromarkt: Deutsch-Uebersee 1090 (+ 20), Elektr. Licht u. Kraft 198⅜ (— 5⅞), Felten & Guilleaume 564 (— 4), Siemens & Halske 290 (— 8). Maschinenfabriken usw.: Böhler 520 (— 9), Daimler 193¾ (— 4), Deutsche Waffen 554 (+ 8), Dynamit Nobel 355 (— 5½), Hirsch Kupfer 848½ (+ 6½), Zellstoff Waldhof 476 (— 7½), Deutsche Kali 329 (— 11), Aschersleben 330 (— 6), Westeregeln 500 (— 7). Auslandspapiere: Neu-Guinea 450 (+ 6), Otavi-Minen 448 (+ 17), -Genuss 415 (+ 5), Schantung 570 (+ 10), Baltimore 455 (+ 22). Bankaktien: Deutsche Bank 290 (— 1½).

Rentenmarkt: Deutsche Anleihen weiter haussierend. 5proz. Kriegsanleihe 77¾ (+ ⅛), 3proz. Reichsanleihe 81½ (+ 3⅝), 4proz. Konsols 72¼ (+ 1¾), 3½proz. Konsols 64 (+ 1⅜). Ausländische Renten gut behauptet.

Verlauf: Widerstandsfähiger und grösstenteils etwas erholt. Deutsch-Luxemburg 318 (+ 5), Phönix 680 (+ 13), Deutsch-Uebersee Elektro 1100 bis 1110, Orenstein & Koppel 565 (+ 4), Schantung 579 (+ 9).

Kassamarkt: Abgeschwächt.

Höher: Schomburg 40, Rhein-Nassau 40, Lüdenscheid Metall 11, Deutsche Erdöl 20, Deutsche Babcock 11, Mälzerei Wrede 25, Dittmann Neuhaus 16.

Niedriger: Breslauer Sprit 21, Kahlbaum 35, Rhein. Spiegelglas 12, Hallesche Masch. 11, Gerresheimer Glas 15, Concordia chem. Fabr. 14, Deutsche Asphalt-Ges. 11, Dinnendahl 11, Held & Francke 19, Betonwerke 11, Alfeld-Gronau Papier 15, Hein, Lehmann & Co. 15.

Freier Verkehr: Pomona 2675 (gestern 2700—2650), Dt. Kolonial-Anteile 6050 (ca. 6025), Kaoko 71—74 (72—76), Kolmanskop 178—185 (180—185), Südsee-Phosphat 1550 (1525), Sloman 1775 (1775), Mansfelder 4950 (5000), Heldburg 302—301 (301—303), Ronnenberg 352 (359—361). Dt. Erdöl 875 (875), Dt. Petroleum 795 (825), Russenbank 83 (81), Petersburger Internationale Handelsbank 98 (94).

Bezugsrechte: Berl. Hagel-Vers. 27 M. per St., Deutsche Asphalt 125, Linke-Hofmann 40, Telephon Berliner 1 bG. (gestern 2 bG.).

Kurse gegen 2 Uhr: Schantung 573, -Genuss 1925, Dt. Petroleum 800, Gelsenkirchener 828, Phönix 678, Oberbedarf 297, Caro 285¼, Dt.-Luxemburg 311, Harpener 462, Rheinstahl 412, Oberkoks 470, Rombacher 338⅛, Buderus 375, Th. Goldschmidt 605, Thale 820, Orenstein & Koppel 561.

Markkurse (nach Privatmeldungen): Holland 4,73, Zürich 9,30, Kopenhagen 9,20 Stockholm 7,05.

Kosciusko-Noten 6,95—6,80, Kriesnoten 13,25, Auszahlung Warschau 6,40.

Einheitskurse (Ohne Gewähr).

Fortlaufend notierte Papiere. (Ohne Gewähr.)

[illegible]

Dividenden verstehen sich einschliesslich aller Sonderausschüttungen.

Bankdisk.	Devisen	19. 5. Geld	Brief	18. 5. Geld	Brief
5	Deutschld.				
4½	Holland . . . . . Gulden	2147.85	2152.15	2085.40	2089.60
6	Dänemark . . . Kronen	1103.85	1106 15	1058.90	1061.10
6½	Schweden . . . Kronen	1433.55	1436.45	1373.60	1376.40
7	Norwegen . . . Kronen	946.55	943.45	934.05	935.95
9	Finnland . finn. Mark	129.35	129.65	124.85	124.05
4½	Schweiz . . . Franken			1048.95	1051.05
6	Oesterr. (altes) . . Kr.	—.—	—.—	—.—	—.—
6	Deutsch-Oest. Kronen	15.35½	15.39½	15.73	15.77
—	Ungarn . . . . . Kronen	28.57	28.63	28.09½	28.15½
6	Tsch.-Slowak. Kronen	88.65	88.85	86.15	86.35
6	Spanien . . . Pesetas			799.20	800.80
6½	Amerika . . . . Dollars	60.05½	60.19½	58.34	58.46
5½	Belgien . . . . Franken	526.95	528.05	496.—	497.—
6½	England . . . . £	241.—	241.50	233.25	233.75
6	Frankreich . Franken	529.45	530.55	496.—	497.—
6	Italien . . . . Lire	337.65	338.35	322.65	323.35

* Die 26prozentige Ausfuhrabgabe.

Ihre rechtliche und wirtschaftliche Tragweite.

Die Handelskammer Essen hat versucht, durch Anfrage bei der deutschen Reichsregierung die Frage zu klären, ob die effektive Erhebung einer 26prozentigen Ausfuhrabgabe zur Durchführung der Reparationsbestimmungen beabsichtigt sei. Sie teilt darüber das Folgende mit:

„Auf die Anfrage bei unserer Berliner Zweigstelle, wie sich die Reichsregierung zu der durch das Ultimatum auferlegten 26proz. Ausfuhrabgabe stellt, erfahren wir, dass es zunächst noch ungewiss ist, ob die Abgabe von der Ausfuhr selbst erhoben wird. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass jene 25 pCt. vom Werte der deutschen Ausfuhr in irgendeiner anderen Form vom Reich aufgebracht werden, und dass die Ausfuhr nur als Massstab für die Höhe dieser beweglichen Leistungen genommen wird. Eine endgültige Entscheidung ist erst zu erwarten, wenn sämtliche Ministerien besetzt sind.

Nach dem Wortlaut des Londoner Zahlungsplanes besteht zweifellos die rechtliche Möglichkeit, dass Deutschland von der effektiven Erhebung einer Ausfuhrabgabe in Höhe von 26 pCt. absieht. Im Artikel IV dieses Zahlungsplanes wird nur eine Summe gefordert, die 26 pCt. des Wertes der deutschen Ausfuhr entspricht. Auch der Artikel VII, der die Garantiefonds, die als Sicherheiten für die Zahlungen an die Alliierten dienen sollen, aufzählt, steht dieser Möglichkeit nicht entgegen. Laut Ziffer b sollen unter den Garantiefonds auch die Erträgnisse der Ausfuhrabgabe von 25 pCt. (der Zuschlag von 1 pCt. braucht dem Garantiefonds nicht zugeführt zu werden) enthalten sein. Doch gibt die Ziffer c desselben Artikels der deutschen Regierung das Recht, die Erträgnisse anderer direkter oder indirekter Steuern oder irgendwelcher Fonds vorzuschlagen, die von der Garantiekommission in Ergänzung oder als Ersatz der von der Entente bestimmten Sicherheiten also auch der Ausfuhrabgabe angenommen werden. Wenn also die deutsche Regierung zu dem Entschluss kommen sollte, eine Summe, die dem Werte der Ausfuhrabgabe entspricht, in anderer Form aufzubringen, und die Ausfuhrabgabe demgemäss nicht effektiv zu erheben, so kann sie natürlich auch die Erträgnisse dieser anderweitigen Erhebungsmethoden der Garantiekommission ersatzweise als Sicherheit anbieten. Natürlich muss die Garantiekommission den Ersatz anerkennen, aber es besteht kein Grund, warum sie das nicht tun sollte, wenn der Ersatz gleichwertig ist. Nun findet sich in dem Artikel VII sogar ein Passus, der dahin ausgelegt werden könnte, dass der deutsche Exporthandel auch in dem Falle, dass eine Ausfuhrabgabe effektiv zur Erhebung gelangen sollte, nicht verpflichtet sein würde, die Ausfuhrabgabe auch selbst zu tragen. Dieser Passus lautet:

Die vorgeschriebenen Fonds sollen in Gold oder in von der Garantiekommission gebilligter fremder Währung auf Konten eingezahlt werden, die auf den Namen der Kommission eröffnet und von ihr überwacht werden sollen. Der Gegenwert der in Absatz b genannten Abgabe von 25 v. H. soll in deutscher Währung von der Regierung an den Exporteur bezahlt werden.

Mit der letzteren Bestimmung wollte die Entente sich aber wohl kaum in die interndeutsche Frage der Aufbringung der Reparationsbeträge einmischen. Sie wollte wohl nur damit zum Ausdruck bringen, dass sie ihrerseits nicht berechtigt sei, den deutschen Export mit einer hohen Ausfuhrabgabe zu belasten und damit unter Umständen auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig zu machen. Infolgedessen wollte sie der deutschen Regierung das Recht zugestehen, aber andererseits doch wohl auch nicht die unbedingte Pflicht auferlegen, den Exporteuren den Gegenwert der Ausfuhrabgabe in deutscher Währung zu vergüten. Immerhin bestehen in diesem Punkte gewisse Unklarheiten, die möglichst bald durch Verhandlungen mit der Entente beseitigt werden sollten.

Ueberhaupt ist die Forderung der Entente, die variablen Leistungen in Form einer Ausfuhrabgabe (sei es einer effektiv zu erhebenden, sei es einer nur den Wert dieser Ausfuhrabgabe entsprechenden Summe) zu erhalten, nicht unter allen Umständen festgelegt, sondern, wie schon verschiedentlich bemerkt wurde, können die variablen Leistungen wahlweise auf Vorschlag Deutschlands auf Grund eines anderen von der Kommission angenommenen Index festgesetzt werden. Wir haben bereits verschiedentlich dargelegt, dass und warum wir es für richtig halten würden, wenn die deutsche Regierung einen anderen, die Schwankungen der deutschen Leistungsfähigkeit besser wiedergebenden Index vorschlüge.

*** Lothringer Hütten- und Bergwerksverein Akt.-Ges.** in Rauxel i. W. In der Generalversammlung, die über die Erhöhung des Grundkapitals um 53 auf 125 Mill. M. zu beschliessen hatte, äusserte sich Geheimrat Peter Klöckner über die Geschäftslage folgendermassen: „Die Abrechnungen des im nächsten Monat zu Ende gehenden Geschäftsjahres haben bei unseren Zechen und Interessengemeinschaftswerken bis 1. April befriedigende Resultate ergeben. Durch die Sanktionen und die drohende Besetzung des Ruhrreviers hat das Geschäft einen starken Stoss erlitten.

Die Verkaufspreise liegen heute auf der ganzen Linie durchweg unter den Selbstkosten der Werke. Seit einigen Tagen zeigt sich starker Deckungsbegehr, die Beschäftigung hat infolgedessen zugenommen, und ein leichtes Festerwerden der Preise ist unverkennbar. Ob dieser Zustand anhalten wird, hängt in der Hauptsache von dem raschen Abbau der Sanktionen ab. Das im Reichstag zur Annahme gekommene Diktat unserer Gegner wird eine besondere Unternehmung, die zur Belebung des Wirtschaftslebens durchaus notwendig ist, nicht aufkommen lassen. Wir werden deshalb schweren Zeiten entgegengehen. Wegen der endgültigen Abgeltung unserer Entschädigungsansprüche für unser in Elsass-Lothringen befindliches, durch Liquidation an Frankreich verlorenes Eigentum ist in den letzten Tagen mit der Regierung des Deutschen Reiches ein Vergleich zustandegekommen, bei dem wir die Verpflichtung übernahmen, die Entschädigungssumme, deren Auszahlung zum Teil bereits stattgefunden, zum Teil in fnüfjährigen Raten geschehen wird, zum Ausbau der im deutschen Reichsgebiet gelegenen Werke und zur Neuanlage derartiger Werke und Herstellung von Wohnungen, ausschliesslich für unsere Arbeiter und Angstellten, zu verwenden. Wir werden demgemäss von diesen Mitteln an unsere Aktionäre nichts abführen können. Unser Wiederaufbauprogramm ist in vollem Gange; besonders grosse Mittel verlangen unsere Zechen, die Erweiterungen auf der mit uns in Interessengemeinschaft stehenden Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie und besonders auf der Georgs-Marien-Hütte in Osnabrück. Da wir auch durch den Geldbedarf, welchen die Zechen und Interessengemeinschaftswerke durch die Entwertung der Mark und die hierdurch bedingte Erhöhung der Betriebskapitalien haben, demnächst sehr in Anspruch genommen werden, haben wir uns entschlossen, die Erhöhung des Aktienkapitals in Vorschlag zu bringen."

Die neuen Aktien werden zu 107 pCt. von einem Bankenkonsortium mit der Verpflichtung übernommen, sie den bisherigen Aktionären im Verhältnis 5 : 3 zu 110 pCt. mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1921 anzubieten. Die infolge des Begebungsverhältnisses 5 : 3 noch übrig bleibenden 9,8 Mill. M. werden dem Hasper Eisen- u. Stahlwerk übergeben, dessen Aktienkapital sich bekanntlich bis auf einen kleinen Bruchteil im Besitz des Lothringer Hüttenvereins befniden. Die 9,8 Mill. M. sollen später gegebenenfalls zur Stärkung der Betriebsmittel benutzt werden. Dei Aktionäre stimmten den Anträgen der Verwaltung zu und beschlossen, den Sitz der Gesellschaft nach Berlin zu verlegen.

*** Kapitalverdoppelung bei der Sächsischen Maschinenfabrik vorm. Richard Hartmann Akt.-Ges.** in Chemnitz. Der ausserordentlichen Generalversammlung wird die Schaffung weiterer 30 Mill. M. Stammaktien und 1½ Mill. M. 6proz. Vorzugsaktien (beide mit Gewinnbeteiligung vom 1. Januar d. J. ab) vorgeschlagen werden. Den Aktionären soll ein Bezugsrecht auf die neuen Stammaktien zu 132 pCt. im Verhältnis 1 zu 1 eingeräumt werden. Die alten Aktien notieren 400 pCt. Die neuen Vorzugsaktien sollen mit den gleichen Rechten ausgestattet werden wie die alten Vorzugsaktien. Durch die Kapitalserhöhung sollen die Mittel zur Durchführung eines bereits seit längerer Zeit in Aussicht genommenen Bauprogramms beschafft werden.

*** Zur Wiederaufnahme der Dividendenzahlung bei der Allg. Berl. Omnibus-Ges.** Die Allgemeine Berliner Omnibus-Akt.-Ges. erzielte im Geschäftsjahr 1920 14,284 Mill. M. (i. V. 5,964) Rohbetriebseinnahmen. Nach Abzug der Gesamtunkosten von 12,728 Mill. M (6,038) und der Abschreibungen von 1,012 (0,440) verbleibt ein Ueberschuss von 0,543 Mill. M. (i. V. Verlust von 0,514 Mill. M.), aus dem, wie schon gemeldet, 4 pCt. Dividende ausgeschüttet und 0,009 Mill. M. auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen. Damit nimmt die Gesellschaft, die zum letztenmal für 1914 eine Dividende von 7½ pCt. ausgeschüttet hatte, ihre Dividendenzahlungen wieder auf. Im Geschäftsbericht schreibt die Verwaltung: „Die Gesellschaft trat in das Jahr 1920 mit ungünstigen Aussichten ein. Die vorhergegangenen Tariferhöhungen vermochten keinen Ausgleich gegenüber den ausserordentlich gewachsenen Löhnen und Materialpreisen zu schaffen. Weitere Tariferhöhungen im Kraftomnibusbetriebe erschienen damals mit Rücksicht auf den Wettbewerb der anderen Verkehrsmittel untunlich. Im Februar mussten einzelne Pferdeomnibuslinien wegen völliger Unwirtschaftlichkeit eingestellt werden. Trotz weiterer Erhöhung der Tarife im April und Juni wurde eine Lebensfähigkeit des Pferdeomnibusbetriebes indessen auch hierdurch nicht erzielt. Um einen Zusammenbruch des Unternehmens zu verhüten, mussten wir uns entschliessen, den Tagesbetrieb der Pferdeomnibusse ganz einzustellen, den Nachtbetrieb erheblich einzuschränken. Seit der Durchführung dieser Massnahme trat eine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ein. Die Erhöhung der Fahrpreise bei den anderen Verkehrsmitteln gestattete es uns, am 1. Oktober den Kraftomnibusbetrieb auszudehnen. Die wirtschaftlichen Ergebnisse der neuen Linie 8 bieten Aussicht für die Möglichkeit einer allmählichen Erweiterung des Kraftomnibusbetriebes. Der Pferdeomnibusbetrieb darf als für immer aus dem Wettbewerb der grossstädtischen Verkehrsmittel ausgeschaltet betrachtet werden." In der Bilanz stehen Betriebsbestände mit 2,473 Mill. M. (0,800), Wertpapiere und Beteiligungen mit 2,653 Mill. M. (3,638) und Schuldner mit 5,512 Mill. M. (1,882) zu Buche. Unter den Passiven sind die Gläubiger mit 3,893 Mill. M. (0,968) ausgewiesen.

*** Frister & Rossmann Akt.-Ges.** in Berlin. Der Betriebsrohgewinn stieg im Geschäftsjahre 1920 auf 1 402 127 M. (i. V. 557 706 M.). Nach Abzug der Unkosten, Zinsen sowie nach Abschreibungen in Höhe von 477 000 M. (179 982) verbleibt ein Ueberschuss von 423 544 M. (1777, der dem Reservefonds überwiesen wurde). Die Verwaltung schlägt vor, 10 pCt. Dividende (0) zur Ausschüttung gelangen zu lassen und 100 000 M. einem Werkerhaltungskonto zuzuführen. Ueber die Aussichten des neuen Geschäftsjahres kann die Verwaltung noch nichts sagen. Das Ergebnis wird davon abhängen, wie sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gestalten werden. In der Bilanz werden Warenvorräte mit 1 731 107 M. (1 082 844), Aussenstände und Bankguthaben mit 2 597 325 M. (1 623 766) und Verpflichtungen mit 1 758 725 M. (820 881) ausgewiesen.

*** Admiralspalast Akt.-Ges.** in Berlin. Der Generalversammlung lag der Abschluss für 1920 vor. Hiernach sind der Verwaltung vom Zwangsverwalter 505 770 M. (i. V. 0), enthaltend 460 000 M. Pacht vom 1. Januar 1920 ab und den Gewinnanteil, überwiesen worden. Es ergibt sich unter Abzug von 36 504 M. (3313) für Handlungsunkosten, 559 699 M. (240 520) für Zinsen, 54 947 M. (59 844) ein Verlust von 145 380 M. (303 679), um den sich der Verlustvortrag auf 2 118 835 M. (1 973 955) erhöht. Zur Erläuterung führte der Vorstand aus, dass die Erhöhung der Handlungsunkosten sich daraus erkläre, dass die seit Jahren rückständigen festen Aufsichtsratsvergütungen, die früher nicht gebucht waren, jetzt in diesem Posten verbucht werden. In der Diskussion trat der Pächter des Admiralspalastes, Herr Bartuschek, mit der Behauptung hervor, dass die Bilanz ein viel zu ungünstiges Bild entwerfe und dass darin vielleicht schon den Wünschen der neuen Gruppe, die die Mehrheit der Aktien und die Forderungen gegen die Gesellschaft erworben habe, Rechnung getragen sei. Redner befürchtete nämlich, dass die neue Gruppe die Forderungen gegen die Gesellschaft nur deswegen erworben habe, um das Grundstück in Subhastation für sich zu beanspruchen. Eine dadurch eintretende Schädigung der Aktionäre könne nur vermieden werden, indem man die Aktien den heutigen Wertverhältnissen entsprechend in die Bilanz einstelle, zumal da sie in Goldmark ausgegeben seien, während sie jetzt in Papiermark bezahlt werden müssten. Die Verwaltung trat einer derartigen Bilanzierungsmethode mit der Erwiderung entgegen, dass sie einer Annullierung der zehnjährigen Abschreibungen gleichkomme. Nach Gesetz und Sitte sei stets nur der Einstandspreis in Ansatz zu bringen. Herr Bartuschek wies demgegenüber darauf hin, dass der Versteigerungswert des Objektes den Buchwert weit übertreffe, so dass bei einer freiwilligen Versteigerung ein grosser Teil des Kapitals gerettet werden könne. Die Verwaltung betonte gegenüber weiteren Vorwürfen der Opposition, dass sie sehr häufig Sanierungsverhandlungen angebahnt habe, die aber stets an mangelnder Verständigungsmöglichkeit zwischen den neuen Geldgebern und Herrn B. gescheitert seien. Der jetzige Pachtvertrag müsse zum Ruin führen, da die Pacht die Lasten nicht decke. B. erklärte, dass sein Anerbieten auf Aenderung des Pachtvertrages abgelehnt worden sei. — Die Generalversammlung genehmigte schliesslich die Jahresrechnung mit 2019 gegen 587 Stimmen der Opposition, die Protest zu Protokoll gab. Hierauf machte die Verwaltung gemäss § 240 HGB. Mitteilung von dem Verlust der Hälfte des Aktienkapitals. Für die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder, Justizrat Dr. Tiktin und Assessor Dr. Fleischmann wurden neu gewählt Direktor Alfred Hirte (neue Gruppe), Kaufmann Bruno Glienicke, Kaufmann Fritz Voss, Kaufmann Joseph Liemann, Rechtsanwalt Dr. Otto Kampfhenkel und Rechtsanwalt Dr. Frankfurter (Opposition).

*** Gehe & Co. Akt.-Ges.** in Dresden. Die ausserordentliche Generalversammlung beschloss die Erhöhung des Grundkapitals auf 12 Mill. M. durch Ausgabe von 3 Mill. M. 6proz. Vorzugsaktien zwecks drohender Ueberfremdungsgefahr.

*** Terrain-Gesellschaft am Teltowkanal Rudow-Johannisthal Akt.-Ges.** in Berlin. Die Gesellschaft schliesst das Geschäftsjahr 1920 mit einem weiteren Verlust von 100 618 M. (i. V. 189 932 M.) ab, wodurch sich die aus dem Vorjahre übernommene Unterbilanz auf 3 770 170 M. erhöht. Es konnten im Jahre 1920 90 Grundstücke, im wesentlichen Gartengrundstücke zu Siedlungszwecken verkauft werden. Der Gewinn aus diesen Verkäufen betrug 270 251 M. Im Vorjahre betrug der Gewinn aus Grundstücksverkäufen 200 413 M. Die Verwaltung beantragt, den diesjährigen Verlust zuzüglich des vorjährigen Saldos wieder auf neue Rechnung vorzutragen.

*** Allgemeiner Deutscher Versicherungsverein a. G.** in Stuttgart. Die ordentliche Generalversammlung hat sich u. a. zu befassen mit der Uebertragung der Bestände an Unfall- und Lebensversicherungen auf die zu diesem Zweck soeben gegründeten Vereine „Allgemeine Deutsche Unfallversicherung a. G. in Stuttgart" und „Allgemeine Deutsche Lebensversicherung a. G. in Stuttgart". Der bisherigen Firma verbleibt die Haftpflichtversicherung. Diese Zerlegung des Vereins in drei rechtlich selbständige Unternehmungen wird, wie die Verwaltung mitteilt, vorgeschlagen in der Erwägung, dass dem gemischten Betrieb beim Gegenseitigkeitsverein gewisse grundsätzliche Bedenken und praktische Unzuträglichkeiten anhaften. Unzuträglichkeiten, die für normale Zeiten nur theoretische Bedeutung hatten, deren mögliche Folgen aber in den Kriegs- und Krisenjahren in grössere Nähe gerückt erschienen, insbesondere bei der Verkoppelung zweier Versicherungszweige von so grundlegender Verschiedenheit wie Leben und Haftpflicht. Die veränderte Rechtsform wird auf die Betriebsform ohne Einfluss sein. Die Ergebnisse des Jahres 1920 sind, nach Mitteilung der Verwaltung, für die Unfall- und die Lebensversicherung durchaus befriedigend; in der Haftpflichtversicherung, die zurzeit eine Krisis durchmacht, ist auch in diesem Jahr ein namhafter Verlust eingetreten, der wiederum durch freie und stille Reserven gedeckt wurde. Für das neue Geschäftsjahr besteht begründete Aussicht auf eine dem Risiko sich derart anpassende Steigerung der Prämieneinnahme, dass keine weiteren Entnahmen aus den Reserven erforderlich werden dürften. Der Reingewinn ist für Unfall mit 1,48 Mill. M. (gegen 0,46 Mill. M. i. V.) und für Leben mit 2,9 Mill. M. (2,2) ausgewiesen; die Prämieneinnahme der drei Abteilungen ist von 58 auf 89 Mill. M. gestiegen.

*** Die Woermann-Linie** verzeichnet für 1914 bis 1918: 7,86 Mill. Mark Betriebsergebnisse und nach Abzug aller Unkosten einen Verlust von 0,21 Mill. M. Für 1919 werden 20,52 Mill. M. Betriebsergebnis ausgewiesen, wovon dem Wiederaufbaukonto 13,6 Mill. M. überwiesen werden. Der Ueberschuss beträgt 2,86 Mill. M., woraus 8 pCt. Dividende verteilt werden sollen. Das Jahr 1920 hat 8,31 Mill. M. Betriebsergebnisse erbracht, davon dienen 1 Mill. M. zur Ueberweisung an das Wiederaufbaukonto. Aus dem Ueberschuss von 3,77 Mill. M. werden 1,64 Mill. Mark zu Abschreibungen verwendet und gleichfalls 8 pCt. Dividende verteilt. Das Wiederaufbaukonto zeigt danach einschliesslich der vom Reiche gezahlten Ersatzwerte Ende 1920 einen Bestand von 28,31 Mill. M. Im laufenden Jahre ist dieser Betrag bereits zum grossen Teil für Neubauten verwendet worden. Der Vorstand hofft, nachdem im Juli 1920 der Dienst wieder aufgenommen worden ist, dass es gelingen wird, das Geschäft dem alten Rufe der Linie gemäss wieder aufzubauen, wenn auch die Wegnahme der deutschen Kolonien von einschneidender Bedeutung ist.

*** Grosse Kasseler Strassenbahn Akt.-Ges.** in Kassel. Die neu auszugebenden 5 Mill. M. 7proz. Vorzugsaktien sollen, wie uns gemeldet wird, den bisherigen Aktionären im Verhältnis 1:1 zum Kurse von 112 pCt. angeboten werden. Durch die Begebung der Vorzugsaktien und der 5 Mill. M. Teilschuldverschreibungen wird der Geldbedarf der Gesellschaft auf absehbare Zeit voll gedeckt werden. Die Mittel sollen besonders für nicht mehr aufzuschiebende Gleiserneuerungen dienen. Nachdem die Gesellschaft hauptsächlich durch die Schwierigkeiten, die vor Erlangung der gegenüber den erhöhten Betriebskosten unerlässlichen Fahrpreiserhöhungen zu überwinden waren, das letzte Geschäftsjahr mit einem aus dem Reservefonds gedeckten Betriebsverlust abschliessen musste und auch noch in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres unter ähnlichen Verhältnissen zu leiden hatte, erschien die notwendige Ausgabe neuer Aktien nur in der Form von Vorzugsaktien möglich, denen neben hinreichender Verzinsung das Recht auf Nachzahlung etwaiger Fehlbeträge aus späteren Gewinnen und, im Falle der Liquidation, auf bevorrechtigte Rückzahlung zu 115 pCt. gewährt werden soll. Eine Benachteiligung der bisherigen Aktionäre durch diese Form der Kapitalbeschaffung wird durch die Gewährung des Bezugsrechtes auf den vollen Betrag der Vorzugsaktien ausgeschlossen.

Ankauf akzeptierter Auslandswechsel durch die Reichsbank ohne Kursabschlag. Um die Beschaffung von Zahlungsmitteln für die an die Entente zu zahlende erste Milliarde Goldmark zu erleichtern, hat das Reichsbankdirektorium an die Zweiganstalten der Reichsbank eine Verfügung ergehen lassen, wonach in Zukunft langsichtige ausländische Wechsel, die beim Ankauf noch länger als 14 Tage laufen und das Akzept des ausländischen Bezogenen tragen, zum Tageskurse angekauft werden können, ohne dass der bisher übliche Kursabschlag von 1 pCt. für den Monat Laufzeit in Rechnung gestellt wird. Von dieser günstigen Gelegenheit, längere Wechsel zu verwerten, werden sicherlich viele Exporteure gern Gebrauch machen. Sie können sich auf diese verhältnismässig billige Weise in den Besitz des Gegnewertes setzen, denn der Unterschied gegn den bisherigen Mudus der Verwertung derartiger Devisen ist nicht unbeträchtlich.

*** Börsenfeiertage während der Sommermonate.** In den Monaten Juni, Juli und August fällt an jedem Sonnabend der Börsenverkehr aus. Auch die Devisen werden nicht notiert, dagegen findet die Produktenbörse statt.

*** Das Interesse für heimische Staatsanleihen** hielt auch an der heutigen Börse an. Nachdem die 3proz. Reichsanleihe an der gestrigen Berliner Börse ihren höchsten Kurs von 80½ pCt. nicht hatte behaupten können und der Kassekurs mit 77,80 pCt. festgesetzt worden war, ging er an der Frankfurter Abendbörse wieder auf 80½ pCt., und auf diesem Preisstand setzte das Papier an der heutigen Berliner Börse ein. Das Ausland war neuerdings als Käufer am Markt, und auch das Privatpublikum ebenso wie die Platzspekulation zeigten grössere Nachfrage. In ähnlicher Weise wendete sich diese anderen heimischen Staatsanleihen zu, unter denen 4½proz. Deutsche Reichsschatzanweisungen von 1916 anfangs 83⅞ und dann 83⅜ pCt. (gestriger Kassekurs: 82,75), 4½proz. Reichsschatzanweisungen fällig 1924 94⅛ (94) pCt., 5proz. Kriegsanleihen 77¾ pCt. (77,60 pCt.), 4proz. deutsche Reichsanleihen 79 à 80½ pCt. (73,50), 3½proz. deutsche Reichsanleihen 75 pCt. (71,10), preussische Konsols 72,25 pCt. (70,10), 3½proz. preussische Konsols 64 pCt. (63⅛) bedangen. — Am Devisenmarkt war das Geschäft verhältnismässig ruhig bei etwas festerer Haltung, die durch den Rückgang des Markkurses in New-York von 1,73 auf 1,69 ausgelöst wurde. Dollarnoten stellten sich auf etwa 58,75, ungarische Noten auf ca. 25, österreichische Noten auf 11,30 und rumänische Noten auf ca. 104⅝ pCt.

*** Die Einlösung der Kassenscheine der Stadt Wien vom Jahre 1916** ist, wie wir kürzlich berichteten, vom 15. Mai ab wieder aufgenommen worden. Es handelt sich dabei um eine Anleihe von 65 Mill. M. Diese ist jetzt, wie weiter gemeldet wird, in eine zweijährige 6proz. Kontokorrentschuld bei dem deutschen Konsortium, in dem die Deutsche Bank die Führung hatte, und dem neben der Dresdner Bank und der Deutschen Effekten- und Wechselbank noch einige andere Institute angehörten, umgewandelt worden. Offenbar hält es die Finanzverwaltung der Stadt Wien angesichts des ungünstigen Standes des Kronenkurses nicht für opportun, die Anleihe jetzt zurückzuzahlen. Durch die Umwandlung der Kassenscheine in einen nach zwei Jahren abzudeckenden Vorschuss gewinnt sie Zeit und die Möglichkeit, die Rückzahlung zu einem vorteilhafteren Kronenkurs als dem augenblicklichen vorzunehmen. Allerdings lässt sich heute noch nicht übersehen, ob sich die Erwartungen der Wiener Kreise erfüllen werden.

*** Die neue französische Anleihe in den Vereinigten Staaten.** Nach Mitteilungen des französischen Finanzministeriums kann die französische 100-Mill.-Doll.-Anleihe, über die mit den Vereinigten Staaten seit einiger Zeit Verhandlungen gepflogen wurden, als abgeschlossen angesehen werden. Die letzten Besprechungen zwischen der Bank Morgan, vertreten durch M. T. W. Lamont, und dem Finanzminister haben bereits stattgefunden.

*** Die 50prozentige Sanktionenabgabe** hat, wie die „Westminster Gazette" mitteilt, bisher nur 9000 Pfd. Sterl. eingebracht. Die Lagerplätze der Zollstationen seien hingegen vollkommen überfüllt mit deutschen Waren. Eine grosse Londoner Zigarettenfabrik musste 300 Arbeiter entlassen, weil das Gold für die Goldmundstücke aus Deutschland kommt und nicht rechtzeitig durchtransportiert wird.

*** Der Produktenmarkt** lag heute auf den meisten Gebieten fest. Im Maishandel zeigte sich eine scharfe und vielseitige Frage für rote Scheine. Das Maisfuttermehl macht sich knapp, neue Produktion desselben ist schwach, da Maismehl schwierigen Absatz findet. So scheint sich die Ansicht Bahn zu brechen, dass auch für rote Scheine Mais zur Lieferung kommen dürfte, abgesehen davon, dass auch der Preis des Maisfuttermehls den Ankauf der Scheine rentabel machen würde. Die Nachfrage nach den roten Scheinen war so überwiegend, dass ihr Preis gegen gestrige Notiz um 4—5 M. anzog und ihr Wert sich dem der weissen Scheine mehr als bisher näherte. Für Mais selbst ist der Konsum in Berlin wohl lebhafter, sonst aber ziemlich ruhig. Hülsenfrüchte lagen fest bei guter Frage für Futtererbsen. Oelsaaten erzielen frühere höchste Preise nicht mehr. Andere Artikel liegen gut behauptet, Stroh und Heu wenig verändert.

Nichtamtlich sind am 19. Mai im Berliner Produktenverkehr folgende Preise ermittelt für 50 kg ab Station: Speiseerbsen, Viktoria 140 bis 145 M., andere Koch- und Futtererbsen 105—130 M., Peluschken 95—107 M., Ackerbohnen 105—120 M., Wicken 80—90 M., Lupinen, blaue 40—43 M., gelbe 45—58 M., Serradella 50—55 M., feine Saatqualitäten obiger Artikel über Notiz bezahlt, Raps 200—220 M., Leinsaat 220—240 M., Trockenschnitzel 63—67 M., Steffenschnitzel 88—90 M., vollwertige Zuckerschnitzel, helle 130—145 M., Rapskuchen 65—75 M., Herbstlieferung 80—83 M., Leinkuchen 130—150 M., Torfmelasse (30/70) 42—45 M., Wiesenheu, lose, gesund und trocken 18—20 M., gut, gesund und trocken 21—23 M., Stroh, drahtgepresstes Weizen- und Roggenstroh 17,50—19 M., Haferstroh 15,50—17 M., gebündelt 16—17 M., Mais (Preise um 1½ Uhr) lose frei Kaiwaggon Hamburg Plata Mai 122 M., Juni 112 M., Mixed und Galfox bahnstehend 118 M., Mai 114 M., Juni 109 M., Bezugsscheine, weisse 37—39,50 M., rote 28—33 M.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in M.)	19. Mai	18. Mai
Feststellung der Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupfernotiz:		
Elektrolytkupfer wire bars	1796	1741
Notierungen der Berliner Metallbörse:		
Raffinadekupfer 99—99,8 pCt.	1575—1585	1550—1560
Originalhüttenweichblei	570	550—560
Hüttenrohzink, Preis im privaten Verkehr	675—685	640
Remelted Plattenzink	415—425	400
Originalhüttenaluminium 98—99pCt. i. gek. Blöckchen	2525	2475
do. in Walz- oder Drahtbarren	2625	2575
Bancazinn	4650	4550
Straitszinn	4600	4450
Australzinn	4600	4450
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	4300	4250
Reinnickel	4050	4100
Antimon-Regulus	675	650
Silber in Barren ca. 900 fein für 1 kg fein	1000	950—960

Dividenden und Abschlüsse.

Carl Lindström Akt.-Ges.: Wieder 20 pCt.

Chemische Werke Schuster & Wilhelmy Akt.-Ges., Reichenbach O.-L.: 20 pCt. (7).

Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft: Ueberschuss 1 575 696 M. (1 511 658), 275 M. (250) Dividende, 169 446 M. (150 338) Tantiemen, 31 250 M. an den Sparfonds (111 320 M. an den Reservefonds).

Leipziger Feuerversicherungs-Anstalt: 185 M. (150) auf die Aktie

Aktien-Gesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedr. Siemens, Dresden.

Bilanz per 31. Dezember 1920.

Aktiva.	M.	pf
Grundstücks-Konto	2 458 603	32
Fabrikgebäude-Konto	1 739 136	99
Wohngebäude-Konto	2 380 549	84
Ofen-Konto	378 881	56
Bahnanlagen-Konto	1	–
Kraft- und Lichtanlagen-Konto	1	–
Wasserleitungsanlagen-Konto	1	–
Maschinen-Konto	1	–
Pferde- und Wagen-Konto	1	–
Kraftwagen-Konto	274 650	50
Utensilien-Konto	1	–
Steinbruch- und Gruben-Konto	428 586	78
Material-Konto	412 784	11
Emballagen- und Packmaterial-Konto	154 649	07
Gemenge-Konto	508 345	42
Feuerungs-Konto	289 264	48
Waren-Konto	3 538 445	94
Kassa-Konto	383 697	30
Wechsel-Konto	655 255	71
Effekten- und Beteiligungs-Konto	4 025 306	90
Kautions-Konto Kautionen bei Bahnen und Behörden	298 961	01
Schuldner-Konto einschliesslich Bankguthaben	38 112 824	23
Hypotheken-Konto II	172 500	–
	56 151 883	81

Passiva.	M.	pf
Aktienkapital-Konto	11 000 000	–
Reservefonds-Konto	2 210 333	19
Konto für Neuaktien	6 000 000	–
Teilschuldverschreibungs-Konto	3 603 000	–
Teilschuldverschreibungs-Tilgungs-Konto	22 660	–
Teilschuldverschreibungs-Zinsen-Konto	73 818	–
Teilschuldverschreibungs-Aufgeld-Konto	10 260	–
Talonsteuer-Reserve-Konto	40 000	–
Steuerrücklage-Konto	6 454 150	–
Hypotheken-Konto I	221 500	–
Gläubiger-Konto einschl. Vorauszahlungen	17 423 649	22
Selbstversicherungs-Konto	2 000 000	–
Werkerhaltungs-Konto	3 000 000	–
Pensions- und Unterstützungskassen-Konto laufendes Konto	432 986	09
Beamten-Pensionskassen-Konto laufendes Konto	140 191	27
Dividenden-Konto nicht erhobene Dividende	89 945	–
Gewinn- und Verlust-Konto	3 359 440	54
	56 151 883	81

Gewinn- u. Verlust-Konto per 31. Dezember 1920

Soll.	M.	pf
Gesamtunkosten	10 305 599	75
Verlust auf Valuten und Wertpapiere	85 896	51
Beiträge für Hilfskassen	1 680 172	48
Anleihezinsen	162 135	–
Abschreibungen auf den div. Konten	2 510 352	33
Reingewinn einschl. Saldo von 1919	3 359 440	54
	18 103 596	56

Haben.	M.	pf
Gewinn-Saldo von 1919	730 784	87
Zinsen	537 642	07
Gewinne aus sämtlichen Unternehmungen und Beteiligungen	16 835 170	12
	18 103 596	56

Dresden, den 31. Dezember 1920.

Vorstehende in der Generalversammlung vom 18. Mai d. J. genehmigte Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung bringen wir hiermit zur Veröffentlichung.

Die **Auszahlung des Gewinnanteils** von **20 % = 200 Mark** für die Aktie gegen Aushändigung des Gewinnanteilscheines Nr. 33 erfolgt von morgen ab in **Dresden** bei der **Deutschen Bank Filiale Dresden**, der **Bank für Handel und Industrie Filiale Dresden** oder der **Dresdner Bank**, in **Berlin** bei der **Berliner Handels-Gesellschaft**, der **Deutschen Bank** oder der **Bank für Handel und Industrie** nebst ihren **sämtlichen Niederlassungen**, in **Elberfeld** bei der **Bergisch-Märkischen Bank Filiale der Deutschen Bank**, in **Neusattl** bei Elbogen in Böhmen bei der **Gesellschaftskasse.**

Dresden, den 18. Mai 1921.

Aktien-Gesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedr. Siemens.

Der Vorstand:
Liebig. Dieterle.

Lingner-Werke, Aktiengesellschaft, Dresden.

Bilanz zum 31. Dezember 1920.

Vermögen.	M.	pf	M.	pf
Grundstücke und Gebäude:				
Wert zum 1. Januar 1920	1 955 000	–		
Zugang 1920	119 734	66		
	2 074 734	66		
Abschreibung ca. 4%	84 734	66	1 990 000	–
Maschinen:				
Wert zum 1. Januar 1920	150 000	–		
Zugang 1920	119 009	84		
	269 009	84		
Abschreibung	269 008	84	1	–
Werkzeuge, Utensilien, Apparatur:				
Wert zum 1. Januar 1920	1	–		
Zugang 1920	129 326	41		
	129 327	41		
Abschreibung	129 326	41	1	–
Mobilien:				
Wert zum 1. Januar 1920	1	–		
Zugang 1920	42 802	13		
	42 803	13		
Abschreibung	42 802	13	1	–
Fuhrpark:				
Wert	1	–		
Zugang 1920	28 725	50		
	28 726	50		
Abschreibung	28 725	50	1	–
Patente, Marken- und Musterschutzrechte			1	–
Waren und Materialien			10 546 030	28
Aussenstände			6 855 454	77
Beteiligungen			186 500	–
Wertpapiere			888 078	12
Sicherheitsleistungen bei Behörden			35 115	–
Guthaben bei Banken			633 638	25
Kasse			126 889	38
Wechsel			45 062	80
			21 311 878	68

Verpflichtungen.	M.	pf
Aktienkapital	6 000 000	–
Reservefonds	540 000	–
Schuldverschreibungen	2 500 000	–
Beamten- und Arbeiterunterstützungskasse	299 407	79
Bankschulden	3 637 612	74
Sonstige Gläubiger (einschliesslich Steuerrücklagen)	6 990 571	64
Nichterhobene Dividenden und Zinsen von Schuldverschreibungen	79 450	–
Reingewinn	1 264 836	51
	21 311 878	68

Gewinn- und Verlust-Rechnung zum 31. Dezember 1920.

Soll.	M.	pf	M.	pf
Generalunkosten			3 300 767	47
Abschreibungen:				
auf Grundstücke und Gebäude	84 734	66		
„ Maschinen	269 008	84		
„ Werkzeuge, Utensilien, Apparatur	129 326	41		
„ Mobilien	42 802	13		
„ Fuhrpark	28 725	50	554 597	54
Reingewinn			1 264 836	51
			5 120 201	52

Haben.	M.	pf
Gewinn-Vortrag aus 1919	86 273	36
Bruttogewinn	5 033 928	16
	5 120 201	52

Die in der heutigen ordentlichen General-Versammlung auf 15% festgesetzte Dividende gelangt mit Mk. 150.— für die Aktie von heute ab ausser an der **Gesellschaftskasse** bei der **Dresdner Bank in Dresden** und **Berlin** und bei der **Deutschen Bank in Dresden** und **Berlin** sowie den übrigen Niederlassungen dieser Institute zu Auszahlung.

Dresden, den 12. Mai 1921.

Der Vorstand.
Walther. Zörner. Dr. Greimer. Dr. Thies.

Eisschränke

mit Zink-, Glas- oder Steingutwandungen in allen Grössen

Raddatz

Berlin W, Leipziger Str. 122—123

Günstige Gelegenheit.
Ca. 1000 Paar **Promenaden-Gamaschen** für Herren und Damen, prima Filztuch, beste Lederverarbeitung, sehr preiswert abzugeben.
Jacoby, Berlin S. 61, Giboldstr. 2. Fernspr.: Moritzpl. 14303.

Verzinnter Eisendraht,
0,75 mm stark, tadellose neue Fabrikationsware, 20—30 t prompt lieferbar, infolge Exportschwierigkeiten sehr günstig abzugeben. Muster sowie nähere Auskunft bei **Schuster** aus **Frankfurt.** Hotel Fürstenhof, Zimmer Nr. 262.

Sprechmaschinenteile.
Laufwerke verschiedener Größen, 1 u. 2 Federwerke erstes Fabrikat, Plattenteller, 22 u. 25 cm, Tonarme mit und ohne Bügel für Trichterapparate und trichterlose Apparate,
Schalldosen,
Blumen- und Innentrichter in verschied. Größen,
Gehäuse
verkauft in größeren und kleinen Posten weit unter Tagespreis. Schriftliche Anfrage an **Ludwig Schild,** Berlin, Krefelderstr. 21, I.

Eichene Bretter und Bohlen

45	cbm	26	mm	stark	3,5	m D. L.	22	cm	D.	B.
45	„	30	„	„	4,1	„	28	„	„	„
45	„	42	„	„	4,2	„	35	„	„	„
60	„	55	„	„	4,4	„	31	„	„	„
115	„	65	„	„	4,0	„	33	„	„	„
65	„	72	„	„	4,2	„	33	„	„	„
175	„	80	„	„	4,1	„	35	„	„	„
25	„	82	„	„	4,3	„	46	„	„	„
50	„	110	„	„	4,4	„	42	„	„	„

gute, milde Eiche, in Berlin lagernd, günstig zu verkaufen. Anfragen erbittet **W. Litke,** z. Zt. **Berlin, Hotel Russischer Hof.**

Blecheimer. Blechdosen
in großen Mengen zu fabelhaft billigen Preisen abzugeben für
Marmeladen-Fabriken
oder für **Seifen-Fabriken.**
Habeko Chemische Fabrik, Berlin N. 58, Franseckystraße 6.

Wegen Lagerräumung
werden billigst abgegeben
Schwarzbleche 1 mm,
d. d. Tiefstanzbleche 0,28—2 mm, feuerverzinkte Eisenbleche 1 mm und große Posten Stahlrohre.
Bütz & Wagner, W. 62, Lutherstraße 15.

Stahlrohr.
Käufer gesucht für nachstehende Mengen:

4×6 mm 800 m	13×15 mm 1000 m	35×40 mm 150 m
6×8 mm 300 m	18×20 mm 1500 m	34×38 mm 300 m
6×10 mm 1000 m	24×28 mm 200 m	58×60 mm 70 m
8×10 mm 800 m	25×30 mm 220 m	
10×12 mm 400 m	30×33 mm 300 m	
10×14 mm 50 m	32×35 mm 50 m	
10×13 mm 80 m	32×36 mm 20 m	

Martini & Hüneke, Maschinenbau-A.-G., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 122.

Vertretung.
Elektrotechn. Installat.-Bureau, Sitz Amsterdam, Holland, Tilanusstraat 68, wünscht Vertretung von Firmen der elektr.-techn. Branche.

Hemdentuch m. Shirtingausrüstung, 50/82 zu 6,75
Shirting 84/86 zu 5,75 liefert
Leopold Saling, Landsberg a. W.
Probestücke gegen Nachnahme.

830 lfd. Mtr.
neues, ungebrauchtes
Feldbahngleis,
65/7×5×128/850×600, kompl. m. L. u. B. pro lfd. Mtr. 36,50 Mk. frei Wagg. Emden zu verkaufen.
Schulte-Großheimann & Co., Berlin W. 9, Linkstr. 35.

Neue Triumph Schreibmaschinen liefert sofort **Willy Goerwitz** Kronenstr. 55.

Weizenstärke,
gr. Quant., offeriert billig **Samter, Ansbacherstr. 54.**

Armbanduhren,
Gelegenheitskäufe. Ia. Ankerwerke. Spottbillig.
Schubert, Zimmerstraße 81a, Ecke Friedrichstr.

Elektromotoren,
Gleich- und Drehstrom, in all. Stärk. auf Lag., lief. preisw. Elektromotor Königstadt, Blumenstr. 88. Kgst. 2684.

Treibriemen
in fast allen Breiten und Längen, neu und gebraucht, verkauft zu günstigen Preis.
Felix Kohls, Berlin S. 14, Alte Jakobstraße 66. Moritzplatz 120 72/73.

Kleiderfärberei,
Zentrifuge, 3 Kessel m. Unterheizung, zirka 45 qm groß, in Bln.-Lichtenbg. sof. zu verkf. Offerten an **Fritz Schulz, Bln.-Lichtenberg,** Marktstraße 8, IV. Etage.

Neue Schreibmaschinen
Ia **Mk. 2250,–** Ia
auch Vermietg. u. Teilzahl. Schreibmaschinen - Biscamp, Charlottenstr. 81. Etagengeschäft. Zentrum 5807

Räumungsweise:
Bürsten, Besen, Schrubber,
jeder Posten **ganz billig. Keil u. Bundt, Königsberg i. Pr.,** Hoffmannst. 16.

1 Leit- und Zugspindelbank 1200×240×420 mm, 30 B.
1 Leitspndbk., 1000×160×270,
1 selbsttätige Langzugbank, Prismb., 1500×225, 30 B.,
1 do. 1200×190, 20 B.,
6 Mechaniker - Drehbänke,
2 Shapingm. 400 u. 500 H.,
1 Gewindeschneidmsch., 1½ ",
2 kl. Kaltsägen, alles billig.
Stöhr, Tilsiter Str. 25a.

Speisekartoffeln,
Waggldg., bill., Tgpr., gb. ab Marx, Bln., Augsburgerst. 23.

Prima trockenen Maschinen-Preßtorf
mit großer Heizkraft gibt preiswert ab
Max Arnheim Nachf., Bolzin i. Pom. Telef. 4.

Für Export nach Litauen, Balkan usw.
100 000 m Herrenstoffe
Mark 25.— bis Mark 125.— per Meter.
Wald & Sondheim * Berlin C. 2, Klosterstr. 3.
Grosshandel Tuche und Konfekt.-Stoffe.

Gelegenheitskauf.
Diverse **Stark- und Schwachstrom-Installationsmaterialien,**
meistens S. S. W.-Fabrikat, **äußerst billig abzugeben.** Interessenten wollen Spezifikation verlangen von
Mitteldeutsche Stickstoffwerke Aktiengesellschaft,
Piesteritz (Bez. Halle).

Für Ausländer.
Ca. 20 000 Herren-, Damenuhrketten, Armbänder, verg. zc., **preiswert abzugeben.** Näheres **Fiebigger,** per Adr. **Hartwig, Berlin,** Kaiserdamm 4, I.

Ia Maschinenpreßtorf
biete fortlaufend zu außerordentl. billigem Preise an. Näh. u. Prob. durch **Ernst Tietjen, Eutin** b. Lübeck.

250 000 Kugellager,
25 000 Ringlager A A 15, 200 000 Drucklager, Innenmaß 55, 60, 75, 90, 95, 100 und 105, verkauft spottbillig
Roland Brandt, Berlin SO. 33, Schlesische Straße 12, Moritzplatz 1484.

Neue Jutesäcke
in allen Größen, auch mit Ausfuhrgenehmigung, offeriert billigst
Otto Karpowitz, Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 268. Tel.: Lichtbg. 878, 1694—95. **Zweiggeschäft Danzig,** Hopfengasse 95.

Eisenbahnschwellen 260×24×14 cm
150 000—500 000 Buchen, 500 000 Kiefern, größere Sukzessivlieferung ab bosnischer Verladestation u. Schiffsverladung. 50 000 Buchensegwellen wie oben ab Serbien. Promptlieferung. **Billig** zu verkaufen. Kleinbahnschwellen, Grubenhölzer bei Maßangabe billigste Preise umgehend.
Carl Schröder, Handels- u. Industrie-Bedarf, Berlin N. 20, Schwedenstraße 11. Tel. Moabit 862. Drahtanschrift: Schwedenstahl.

Ballon-Makko-Batist
abzugeben. **David u. Loewenstein,** Spandauerstraße 18.

Getreide, Landesprodukte, Lebensmittel
liefert in Waggons und Schleppern
„Adria",
Handels-Aktien-Gesellschaft, Zagreb.
Wiener Affiliation:
Oskar Fuchs & Co.,
Wien, VI, Gumpendorfer Straße 46, I.

180 Stück Eiszellen
gebraucht, 12½ kg, verkauft billigst
Georg Kampfrad, Leipzig, Berliner Bahnhof.

2 Dampflokomotiven.
Schleppenderlokomotiven normalsp., ca. 300 PS. gebraucht, betriebsfertig,
Güterwagen,
und zwar offene Kohlenwagen, bedeckte Güterwagen, Weinfaßwagen u Kesselwagen vom Vorrat **billigst abzugeben.**
W. Burghard, Düsseldorf.

30 000 Stück Ia Decken,
140/190 cm, 1200 gr, Weißschild, grau-, mode, zu 34 M. per Stück, sofort ab Lager abzugeben. Muster zu Diensten!
Karl Wagler, Annaberg, Erzgeb.

1 Vierwalzen-Sackmühle
mit Chronoswaage verkauft billigst.
Anfragen unter **L. D. 6346** an **Rudolf Mosse, Leipzig.**

Entleerte 150 000 ³/₈ dtzn. Sahne- zc. Flaschen
sofort ab Lager lieferbar.
B. F. Neumann & Co., Dresden-A. 1, Neue Gasse 21. Drahtwort: Neument. Fernspr. 17481, 16637.

Naxos - Schmirgelwerke Klingspor & Co., Siegen i. W.,
empfehlen als Spezialität: **Schmirgelleinen,** weiß Köper blau. **Schmirgelpapier, Glaspapier, Flintsteinpapier** sowie alle Schleifpräparate. **Vertreter gesucht.**

Ia Maschinen-Preßtorf,
waggonfrei Mecklenburg, offeriert
Walter Brockelmann, Rostock i. Mecklbg. Telefon 2158.

Köper-Unterhosen
verk. preisw. **Karl Kirchner,** Seifhennersdorf i. Sa.

Offener Schuppen,
500 qm groß, 5 m hoch, zur **Feldscheune** geeignet, zu verkaufen. **Futterheu** und **Streuheu** laufend abzugeb. **Heuversandstelle, G. m. b. H., Sonnenburg** (Neum.).

Elektromotoren
preiswert. **Leffer,** Wilhelmsaue 5. Pfalzburg 2790.

Obergarn,
Leinenzwirn, Strohhutzwirn, Futtersachen größere Posten billig abzugeben. **Gewürz,** Alte Schönhauserstraße 23/24. Norden 9812.

Elektromotore! Miete. Austausch
Heinr. Kossel, Kaiserallee 202.

Kesselwagen
haben leihweis. f. Inlands- u. Auslandsbedarf abzug.
Waggon-Verleihanstalt Düsseldorf.

Heuleinen,
Restposten, 423 Stck., 20 m lang, 18 mm Durchmesser, haltbare Ware, bei Berlin lagernd, mit Mk. 19,— per Stück billig zu verkaufen. Muster per Nachnahme.
R. Liebmann, Niemegk, Bez. Potsdam.

Kleistermehl
(Tragantine),
ergiebiger als Kartoffelmehl, einige tausend Kilo abzugeben. **Berret,** Bln.-Wilmersdorf, Badenschestr. 12.

Die **Anfertigungsanlage** eines großen
Massenartikels
(ges. geschützt)
mit Maschinen und Vorräten günstig zu verkaufen.
Es handelt sich um einen erprobten Artikel, welcher großen Gewinn bietet.
Erforderliches Kapital 200 000 Mark. Anfragen zu richten an Justizrat **Dr. Schnitzer, Köln,** Appellhofplatz 6.

Superphosphat
Größere Mengen Auslandsware zu günstigen Preisen lieferbar. Anfragen von Interessenten erbittet
Verkaufsgesellschaft für Industriebedarf und Gebrauchsartikel m. b. H., Köln, Teutoburgerstr. 29.

Kaufgesuche bewegl. Gegenstände

Suche größere Posten
Militärtuche.
Offerten an **Laufer & Liemann,** Alexanderstraße 9.

Aspirintabletten,
Kriegspackung, nur in größeren Partien kauft laufend ausfuhrfrei ab Deutschland oder ausländischen Lägern unter genauer Angabe der Verpackungsart
Harry Ruben, Kopenhagen, Bodroffsvej 8.

Holzschrauben kauft
Lehmann, Spandauerbrücke 9.

Sofort!
Gebrauchte Einrichtung für Zahnatelier zu kaufen ges. **Richard Schwarz,** Neukölln, Biebrichstr. 4.

Wer will
hohe Preise erzielen für getragene Herrengarderoben sowie ganze Nachlässe? Komme auch nach außerhalb. **Eilberg,** Schlesische Str. 45. Mpl. 12155.

Schwellkissen
sowie ausrangierte **Militärtextilien** kaufen
Drucker & Nagler, Stralauerstr. 3—6.

Textilmaschinen
aller Art, gebraucht oder neu, gesucht. Offert. erbeten unt. **J. Z. 3901** an **Rudolf Mosse, SW. 19.**

Handnähmaschinen
zu kaufen gesucht, mit Ausfuhrbewilligung. Gute Marke. Offerten mit Preisangabe u. **Ff. R. 1390** bef. **Rudolf Mosse,** Leipzigerstraße 103.

Klavier sucht dringend **Kurf. 5139** (gewbl.)

Perserteppiche
sucht dringend **Rosenfeld,** Fasanenstr. 21. Steinpl. 1893.

Kaufe gegen Kasse
Gleichstrommotoren,
0,5—10 PS, 110/220/440 Volt. **H. v. Blankenburg, Berlin,** Martin-Luther-Straße 86. Nollendorf 3799.

Schreibmaschinen
f. Bureau u. Reise f. Gier, Herbertstr. 2. Steph. 7955.

Geldschränke
kaufe. **Moritzplatz 3338.**

Klavier oder Flügel
von Privatbesitz kauft sofort **Herer,** Pallasstr. 8/9. **Kurf. 9104** (gewbl.)

Getragene Herrenkleider
kauft **Reiss** Lothringerstr. 62. Norden 4627. Komme überall.

Getragene
Herrengarderob. Unif., Wäsche Schuhe kf. **Feldmann, Grenadierstr. 12.** Norden 9084.

Neue oder gut erhaltene
Friktionsspindelpresse
mit 120 mm Spindel-Ø, zu kaufen gesucht.
Offerten an **Carl Kühn, Eisenwerk, Frankfurt-O.**

Offerte erbeten:
Zur Einführung einer neuen Zigarettenmarke wird Zugabeartikel als Beigabe f. d. Händlerkundsch. gesucht. Derselbe darf im Einkauf nicht mehr als höchst. 50 Mk. kosten.
Offerten erbeten unter **B. G. 5434** an das Berliner Tageblatt, Berlin, Jerusalemer Straße.

Wattrahmen oder Langpelzapparate für Baumwollkrempel
für 1500 mm Arbeitsbreite und bis 60 m Bandlänge. Bedingung: Rahmen und Band gut erhalten.
Angebote mit Preisangabe sofort unter **D. O. 7470** an **Rudolf Mosse, Dresden.**

Säcke und Gewebe
jeder Art kauft gegen sofortige Kasse
Franz Walke Nachf.,
Berlin, Brunnenstraße 162. Humboldt 2011.

Zu kaufen gesucht:
Alte, ausrangierte **Militärwäsche, Drell-Uniformen** sowie sämtl. **Militärlumpen, Waggondecken.**
Franz Hollenbach, Duderstadt.